Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 7 | 14. Juli 1921 | Jahrg. III

1. Dr. Artur Dinter im Urteil seiner Gesinnungsgenossen.

Einer der radikalsten Deutschvölkischen Groß-Berlins, Paul Weyland, hat soeben eine Broschüre (Verlag Paul Weyland, Berlin N 113, Stavangerstraße 1; Auslieferung R. F. Köhler Leipzig) erscheinen lassen mit dem Titel: Die Sünde wider den gesunden Menschenverstand; Eine Auseinandersetzung mit Artur Dinter. Paul Weyland steht sicher nicht im Geruche, irgendeine Beziehung zu Juden und Judentum zu haben. Wer seine „Deutschvölkischen Monatshefte" kennt, dem zeigt das Titelbild in krassester Weise Paul Weylands Ansicht und Absicht. Ein Bild, das einen scheußlichen Polypen mit jüdischen Gesichtszügen darstellt, der gieriggrinsend die wehrlos gemachte und betäubt am Boden liegende Germania umklammert. Und fast aus jeder Seite seiner Broschüre wird der Vorwurf deutlich, daß Dinter eine Lösung der Judenfrage durch Gewalt ablehne oder durch seine Lehren vereitele. Weyland ist jedenfalls bemüht, nach seinen Anschauungen sein Leben einzurichten. So ist das Vorwort seiner Dinterschrift in Leschnitz (Oberschlesien) geschrieben. Die „Unvollkommenheiten" der Schrift entschuldigt er durch „Kriegslage". Und es besteht wohl kein Zweifel, daß er einem der Hakenkreuzfreiwilligentrupps angehört, die ja mit dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dann mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund ein Herz und eine Seele sind. Welche Hoffnungen und welche Wünsche in den Köpfen dieser Freiwilligen (nicht zu verwechseln mit dem oberschlesischen Selbstschutz) genährt werden, das wissen wir Juden am besten.

Wie ist ein Weyland dazu gekommen, seine Broschüre zu schreiben? Er sagt im Vorwort:

„Wir haben genug Waschweiber und defaitistisches Gesindel unter uns. Was Deutschland braucht, sind Männer. Die aber bringt uns keine Dintersche Lehre! Deshalb heraus mit der Broschüre, welche gegen das Verbrechen vom Leder zieht, welches Dinter gegen alles, was Charakter ist, beging."

Und was ihm nun endgültig die Feder in die Hand drückte, das offenbaren uns (wir lesen es staunenden Auges!) die folgenden Zeilen:

„Ich habe lange an der Ausführung meines Planes gezögert. Als ich aber im November v. J. anläßlich der Philharmonieversammlung des unter dem Namen „Denunziantenverein" bekannten „Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" Dinter persönlich kennen lernte und ihn reden hörte, als ich seine Widersprüche zu seinen Lehren aus seinem eigenen Munde hörte, war mir klar, daß hier Schweigen angesichts seines zweiten Romanes, der mir später bekannt wurde, Verbrechen sei. Der Mann, der da kam, um die Führung in die Hände zu nehmen, hat sich nicht nur als ein vollkommen utopischer Phantast lächerlichster Form entpuppt, sondern auch in seinem Gebaren Fehler begangen, die mit seinen idealen Ambitionen auch nicht im entferntesten in Einklang zu bringen sind. Jedenfalls hat bei uns einer, der die Juden angeblich auf Tod und Leben bekämpft, das Recht verwirkt, als Führer aufzutreten, wenn er im Gegensatz zu dem Geschriebenen öffentlich erklärt, daß er unter den Juden, „um den Talmud kennen zu lernen," wertvolle Freunde besitzt. Ein deutscher Mann hat mit Juden keine Gemeinschaft. Hinzu kommt noch anderes. Ein Mann, der so lehrt wie er und seiner Lehre bewußt zuwiderhandelt, hat kein Recht, sich als völkischer Führer, noch weniger als Mann von Charakter aufzuspielen."

Dieser Entschluß Weylands, gegen Dinter die schärfste Klinge zu schlagen, ist um so höher zu bewerten, als gerade er die Uneinigkeit im deutschvölkischen Lager bitter beklagt, in dieser „in Dreck und Jauche geborenen Republik" (S. 4, Z. 3). Es scheinen unter den völkischen Brüdern nicht viele der guten germanischen Eigenschaften zu walten; denn Weyland offenbart:

„Die Raserei kann man bekommen, wenn man eine Versammlung wie Weimar (1. Bundestag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1920) oder Carlshof mitmacht: wieviel Energie wird am eigenen Körper zerspalten, statt sie zu sammeln, zu schonen. Eine Horde heulender Derwische kann nicht widerlicher wirken, als das gegenseitige Kotbewerfen deutscher Männer, die alle dasselbe wollen, nur über die „Wie" verschiedener Ansicht sind."

Und dann regnen die schärfsten Schläge, die Dr. Dinter je erhalten hat, und sie sausen dem Doktor phil. nat. um die Ohren, daß es nur so kracht. Zuerst sagt Weyland Einiges über „Die Sünde wider das Blut" (S. 4 und 5), dann Ausführliches (S. 6 bis 24) über „Die Sünde wider den Geist"; Ausführungen, worin der in der naturwissenschaftlichen Literatur ersichtlich gut bewanderte Deutschvölkische Weyland Herrn Dr. Dinter recht bittere Pillen zu schlucken gibt. Wir führen einige Stellen an:

„Es ist selten in der Geschichte der deutschen Literatur ein Roman mit derartigem Erfolg geschrieben worden, aber selten schrieb auch ein Dichter ein Buch mit so oberflächlicher, ja schiefer Begründung aller Behauptungen wie Dinter . . . ."

„Vor allem der Gegner zieht aus dem unglaublich oberflächlichen Buche seinen Nutzen. So schreibt der philosemitische Konsistorialrat Professor Dr. Strack in seiner Broschüre „Jüdische Geheimgesetze?" neben von uns nicht Anerkennbarem einige sehr treffende Bemerkungen gegen Dinter. Solchen Angriffsflächen darf sich ein Kämpfer unserer Sache nicht aussetzen, ohne daß zwingende Gründe vorliegen."

Die „Sünde wider den Geist" behandelt Weyland unter drei Gesichtspunkten:

1. „Die Sünde wider Stil und Geschmack."
2. „Die Sünde wider wissenschaftliche Tatsachen."
3. „Die Sünde wider das Vaterland."

Und nun Einzelheiten aus der Behandlung:

„Ein Kaliber stilistischer Entgleisung von bisher in der deutschen Literatur unerreichter Güte finden wir auf Seite 79 seines Romanes."

Seite 8 heißt es:

„Kein Witz, kein wirklicher Dialog, kein Esprit, kein Funke von Idee: leere, dabei dicke und grobe Worte umkleiden einen unwahrscheinlichen Vorgang."

Und auf Seite 10 muß sich der deutschvölkische Führer Dinter ins Stammbuch schreiben lassen:

„Wenn ein derartiges Deutsch in einer Quarta verbrochen wird, so bekommt der Zensit eine glatte 5."

Selbst die „jüdische" Eigenschaft der Kriecherei besitzt Dinter:

„Auch vom Byzantinismus kann sich Dinter nicht frei machen, von jenem Byzantinismus, welcher Wilhelm II., den unglücklichen Herrscher, in seinen Schwächen noch mehr bestärkte!"

Dr. Dinter scheint noch zahlreiche der von den Deutschvölkischen stets uns angekreideten schlechten Eigenschaften in sich zu vereinen. Zur Kriecherei die „Selbstberäucherung". (S. 14.)

Wer nötig hat, solche Bemerkungen zu machen, ist sich wohl der Schwäche des Inhaltes bewußt, denn sonst hat er (Dinter) wohl nicht zu erwähnen, daß er „gründlich geschulter Naturwissenschaftler, der in Chemie, Physik, Botanik, Zoologie, Mineralogie und Geologie die Staatsexamen, außerdem in Chemie, Physik und Geologie das Doktorexamen mit der Note summa cum laude" ablegte usw. Wer sich für diese Selbstberäucherung interessiert, mag sich dieses widerlich anmutende Geschreibsel selbst durchlesen."

Und wenige Zeilen tiefer:

„Entweder liegt hier eine Verworrenheit des logischen Denkens vor, wie sie in einem zweiten Buch noch nicht beobachtet wurde, oder eine Unaufrichtigkeit, die ihresgleichen sucht."

Und dann kommt ein böser Wetterschlag: (S. 15.)

„Mit keiner Silbe deutet er (Dinter) auch hier den Nachweis seiner Behauptung an, und mit der Frechheit des unentwegten Phantasten behauptet er immer frisch drauf los, ohne sich um die sachlichen, völkischen und nationalen Folgen seiner Handlungsweise im geringsten zu kümmern."

Armer Dr. Dinter! Frechheit heißt sonst immer nur in der „Deutschen Zeitung" „jüdische" Frechheit.

Und der Antitalmudkämpfer muß sich „scheinwissenschaftliche Rabulistik" vorwerfen lassen: (S. 15/16.)

„Er umgeht aber die Erklärung mit einer scheinwissenschaftlichen Rabulistik, die sich wohl in sachlichen Ausdrücken bewegt, inhaltlich aber nichts als leeres Stroh bedeutet."

Und dann kommt das Schlimmste, was dem deutschvölkischen Führer Dinter nur zustoßen kann. Ein anderer deutschvölkischer Führer schreibt über ihn: (S. 22.)

„Was er auf Seite 189 vom „Fehler erkennen, bekennen und tilgen" sagt, mutet einen an, als ob man eine sozialistische Ministerrede über die Reparationsfrage hört. Die berüchtigten Hochverräter Quidde, Förster, H. v. Gerlach und andere Revolutionsgrößen können sich wahrhaftig nicht defaitistischer aussprechen, als Dinter in seinem Buch, und dennoch wagt es dieser Mann, seine unerhörte, quallige Weltanschauung einer Bewegung aufzuoktroyieren, die es sich zum Ziel gemacht hat, wieder Mark und Knochen in das deutsche Volk hineinzubringen, die überall auf Kampf eingestellt ist."

Eine schöne Ohrfeige ist auch diese Stelle: (S. 22.)

„Der Chimborasso der Geschmacklosigkeit und Phantasterei ist aber in den Stellen zu finden, wie sich Dinter den Kampf gegen die Juden vorstellt."

Von dem Schlusse der Schrift wolle man kein Wort verlieren:

„Nehmen wir die Dintersche Lehre in uns auf und handeln wir danach, so ist unserer kräftigen völkischen Bewegung der Todesstoß versetzt. Die Süßlichkeit und Weichlichkeit, die darin liegt, und die auf diesem miserablen Planeten unangebrachte Duldsamkeit, die da gepredigt wird, ist das gefährlichste, was das deutsche Volk im Augenblick aufnehmen kann. Wäre Dinter ein Mann im Sinne von Ernst Moritz Arndt, so wäre der deutschvölkischen Bewegung ein Mann erstanden, der berufen wäre, die Fahne des Hakenkreuzes hochzuhalten, um mit dem Rachegedanken wider die jüdische Pest zu streiten. Aber mit diesem semmelblonden Gewinsel der verkehrten Theorien der Duldsamkeit und der geradezu lächerlichen sachlichen Begründung seiner Judengegnerschaft wird er niemals Eindruck machen. Auf Dinter lastet der nie zu tilgende Vorwurf, daß er die Deutschvölkischen in den Augen unsrer Gegner in der unerhörtesten Weise herabgesetzt hat, daß die Deutschvölkischen einem Manne zujubeln macht, der den Boden der Wirklichkeit unter sich verlor, welcher ein charakterloser Weiberheld geworden ist, der in den Armen seiner Freundin schmachtet und durch diese vollkommen zu einem okkultistischen Phantasten gemacht wurde. Darum sei hier die Parole ausgegeben: Absolute Ablehnung und Entfernung dieses Mannes aus unseren Reihen, der die deutschvölkische Bewegung zum Tummelplatz der Gedanken eines Tollhäuslers gemacht hat, der uns die Kampffreudigkeit nehmen will."

Einer Erläuterung bedürfen Weylands Worte nicht. In den Augen aller wirklich Gebildeten ist Dr. Dinter schon längst gerichtet.

* * *

Der berühmte Rassenbiologe Lenz beschäftigt sich in dem soeben erschienenen 13. Band, 2./4. Heft des wissenschaftlich allseitig anerkannten „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" mit dem Roman Artur Dinters „Die Sünde wider das Blut", und zwar in einer über vier Druckseiten im Großoktav gehenden außerordentlich bemerkenswerten Kritik. Aus gelegentlichen Aeußerungen geht unzweifelhaft hervor, daß Lenz nicht nur nicht als Philosemit angesprochen werden kann, sondern daß er mit einem Tropfen antisemitischen Oeles gesalbt ist. Um so mehr werden seine Worte der Kritik Anspruch auf Objektivität machen müssen.

Da Dinter in den ersten Auflagen geschäftig einen Aufruf der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene anführt, um seine Wissenschaftlichkeit nach außen hin zu stützen, erklärt Lenz, daß diese Berufung eine Irreführung der Leser darstellt. Dinter, der über Tatsachen der Rassenbiologie aufklären will, bedürfte dieser Aufklärung zu allererst und Lenz tritt diesen Beweis, die Einzelheiten des Romans durchgehend, überzeugend an.

Die zahlreichen Erfahrungen und Versuche der wissenschaftlichen Erblichkeitsforschung haben mit dem weitverbreiteten Aberglauben aufgeräumt, daß die Befruchtung eines Weibchens durch ein Männchen auf eine spätere Befruchtung desselben Weibchens durch ein anderes Männchen nachwirken könne. Damit falle von vornherein die Behauptung einer allgemeinen Vergiftung des germanischen Blutes in sich zusammen. Dinter hat einen haltlosen Aberglauben als seine gefährlichste Waffe benutzt.

Der Held des Romans soll das Idealbild eines Germanen sein. Er sei aber ein hysterischer Psychopath. Dahin gehören seine Unfähigkeit zwischen Tatsachen und Illusionen zu unterscheiden, seine sprunghaften und wechselnden Entschlüsse, seine dilettantenhafte Ueberheblichkeit, seine abergläubischen Einbildungen, seine antisemitischen Verfolgungsideen und schließlich der Mord um eines theatralischen Effektes willen.

Wie ungerecht Dinter urteilt, trete an einem Beispiel besonders kraß hervor. Der Held des Romans schießt einen Juden, von dem seine zweite Frau als Mädchen ein Kind gehabt hat, mit Ueberlegung nieder, und dieser Mord wird als sittlich einwandsfrei, ja als Heldentat hingestellt. Dabei hat der Held früher ein treues Mädchen sitzen lassen, und zwar ein Mädchen seiner eigenen Rasse, das dann im Elend untergegangen ist.

Die phantastische Seelenwanderungslehre Dinters sei ganz unwissenschaftlich, seine Vorstellungen über die Rassenzusammenhänge nennt Lenz außerordentlich unklar. „Die Wahrheiten der Rassenlehre werden durch Dinters Buch kompromittiert." An sich richtige Gedanken verlieren geradezu ihren Wert, wenn sie durch Dinters Mund gehen.

Lenz resumiert: „Darum ist Dinters Buch nicht nur eine Sünde wider den Geist des Germanentums, sondern auch wider das germanische Blut."

2. „Judenminister“ und „Judenpresse“.

Tagtäglich lesen wir in der antisemitischen und deutschnationalen Presse, das mit „Judenministern“ stark durchsetzte Kabinett habe keinen anderen Zweck, als in Gemeinschaft mit der demokratischen und sozialistischen „Judenpresse“, die sich gegenseitig Hand in Hand arbeiten, „Judas Weltherrschaft“ zu errichten. Ein Blick auf die sozialistische Presse der letzten Tage genügt, um zu zeigen, wie töricht diese Anwürfe sind. Die sogenannten „Judenminister“ werden in nicht zu überbietender Leidenschaftlichkeit gerade von der, um mit Herrn Mumm zu sprechen, „reinsten Judenpartei“ und ihrem Organ „Freiheit“ bekämpft.

Herrn Gradnauer wird am 28. Juni 1921 ins Stammbuch geschrieben:

„Wir reden nicht davon, daß Gradnauer stets ein biegsames Werkzeug in den Händen reaktionärer Geheimräte gewesen ist . . . viel schlimmer ist, daß er sich die faulen Ausreden ausgepichter Reaktionäre, wie des Kahr und des Dominicus zu eigen macht. . . . Dr. Gradnauer weiß nichts Gescheiteres zu tun, als vor dem reaktionären Partikularismus zu kapitulieren . . . usw.

Herr Schiffer wird in der „Freiheit“ vom 28. 6. 21 als die „reaktionärste Stütze des Kabinetts Wirth“, als der „alte Scharfmacher von ehedem“ bezeichnet.

„Dieser Mann an der Spitze der deutschen Justizverwaltung ist eine Verkörperung der legalen Reaktion und der Klassenjustiz. Je eher er von diesem Posten verschwindet, um so besser.“

In ein eigentümliches Licht wird der Kampf der Deutschnationalen gegen die Demokratische Partei als „Die Partei der Juden“ gerückt, wenn wir in der „Freiheit“ vom 29. Juni 1921 folgendes lesen:

„Insbesondere muß gesagt werden, daß die Rolle der Demokraten in der Tat die von Helfershelfern für die Deutschnationalen ist . . sie helfen in Preußen die bürgerliche Einheitsfront mit den Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei gegen die gesamte Arbeiterschaft zu verbinden, sie stimmen für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, für die deutschnationale Flagge, gegen die Haftentlassung der bayerischen Abgeordneten, kurz: sie entwickeln sich immer mehr zu einem Anhängsel der Rechten.“

3. Walther Rathenau.

In der „Mitteldeutschen Zeitung“, im „Chemnitzer Tageblatt“, ferner in Nr. 131 des „Göttinger Tageblatts“ und anderen antisemitischen Organen fand sich folgende Notiz:

„Einer besonderen Betrachtung dagegen bedarf das Verhältnis des Alljudentums zum Kommunismus und Bolschewismus.

Wir haben gehört, daß Walter Rathenau seine Fäden auch bereits zu den Sowjetjuden nach Moskau gesponnen hat. Aus einem Artikel des sozialistischen „tschechischen“ Abgeordneten und Schriftstellers Fleischer (!) in der Prager „Tribuna“ vom 5. März 1921 wissen wir, daß sich die Moskauer Sowjetregierung unmittelbar bei Rathenau die wirtschaftlichen Organisationspläne für die einzelnen Zentren bestellt hatte.“

Demgegenüber ließ, wie der „Demokrat“ in seiner Nr. 25 schreibt, die Presseabteilung des Reichsministeriums für Wiederaufbau der „Mitteldeutschen Zeitung“ folgende Berichtigung zugehen:

„Es ist unwahr, daß ich mit den Moskauer Bolschewisten Hand in Hand arbeite, insbesondere, daß ich die aus der Prager „Tribuna“ zitierten Aeußerungen jemals getan habe.“

gez. Rathenau.

Interessant ist auch, welche Stellungnahme von jüdischer Seite Rathenau gegenüber eingenommen wird. Im „Israelitischen Familienblatt“ Nr 23 findet sich unter Hinweis auf seine Schriften „Impressionen“ und „Reflexionen“ Folgendes:

„Ein Mann, der solches schrieb, ist sicherlich frei vom Verdachte, „Judenpolitik“ zu treiben, jüdische Sonderinteressen zu fördern. Wir haben schon gleich nach dem Erscheinen jener Schrift („Impressionen“, Anm. der Red.) in unserem Blatte gegen den „Juden-Rathenau“ folgendermaßen Stellung genommen:

„Die Ich-Literatur Walther Rathenaus wird bei guten und erleuchteten, bei deutsch und jüdisch fühlenden, bei fein erzogenen und hochgebildeten Juden keine Schule machen, bei urteilsfähigen Christen keinen Anklang finden. Mit der Rolle als Bußprediger hat der Verfasser der „Impressionen“ kein Glück. Er wird sich vielleicht darüber trösten, in dem Gefühl eines verkannten und mißhandelten, mit Undank belohnten Propheten, oder in demjenigen einer jüdischen Autorität für die Antisemiten.“

In Nr. 24 des „Israelischen Familienblattes“ heißt es im Schlußsatz des Leitartikels „Noch einmal: Der Reichsminister Rathenau als Jude:“

„Walter Rathenau ist zwar von jüdischen Eltern geboren; aber seinen Empfindungen und seiner Ideenwelt nach, die er in seinen beiden Büchern „Impressionen“ und „Reflexionen“ zum Ausdruck bringt, ist er nicht Jude. Das Judentum, d. h. die jüdisch-religiöse Gemeinschaft weist solche Ideen weit von sich; es hat mit ihrem Vertreter nichts zu schaffen.“

4. Wilhelm II.

Nachdem in den letzten Monaten wiederholt durch die Presse ging und uns auch von verschiedenen Seiten mündlich bestätigt wurde, daß Kaiser Wilhelm II. im Anschluß an die Lektüre des Dinterschen Buches recht judenfeindliche Aeußerungen getan habe, berichtet die „Zukunft“ vom 18. Juni 1921 auf Seite 337 eine Aeußerung, die der frühere Kaiser vor seinem Umzuge nach Doorn einem holländischen Professor gegenüber tat, welcher sie seinem Freunde, Dr. Frederik Poulsen, nach Dänemark berichtete. Die Aeußerung machte auch in letzter Zeit durch die ausländische Presse die Runde. „Das Judengift hat meine herrlichen Soldaten verseucht. Nur die Juden sind schuld daran, daß wir den Krieg verloren. Sie allein haben auch die Revolution gemacht. In Rußland, in meinem Reich, in Ungarn; überall. Oft sagte ich dem Kaiser Franz Joseph, meinem väterlichen Freund, unter zweiundzwanzig seiner ungarischen Minister seien immer neunzehn Juden. Von diesem Volk stammt alles Unheil der Welt. Die Welt muß sie ausstoßen. Am besten wär's, alle Juden zu henken.“

* * *

Die Anwälte des Kaisers in seinen letzten Prozessen waren: Justizrat Löwenfeld und Geheimrat Max Fuchs I, die des Kronprinzen sind die Justizräte Josephsohn in Potsdam. Dr. Helfferich ließ sich von Rechtsanwalt Dr. Alsberg verteidigen.

5. Die Entente — Judas Werkzeug.

Der „Hammer" enthält in Nr. 456 vom 15. Juni auf Seite 237 folgende Notiz:

Ein Schreiben
des „Vereins der erwachenden Ungarn".

„Der „Verein der erwachenden Ungarn" sendet dem Hammer-Verlag ein Begrüßungsschreiben, worin er die deutschen Gesinnungsgenossen zu ihrer unerschütterlichen Verteidigung des nationalen Gedankens gegen Juda beglückwünscht und dann fortfährt: „Die heillose Verwüstung — deren Tragweite die Welt zu erfassen erst jetzt beginnt —, die das Judentum nicht allein in Deutschland und in unserem Vaterlande, sondern auch in der ganzen Welt angerichtet hat, hat unsere Nationen zu entzweien getrachtet. Das feste Band, das durch den fünfjährigen Krieg uns so eng verknüpft hat, sollte gelöst werden. Doch nein! Wir Magyaren fühlen uns noch immer als unsere Waffenbrüder: alles, was die verschiedensten Regierungen wider uns getan, bindet uns nicht und erkennen wir nicht an. Für uns existiert weder Versailles noch Trianon. Der Krieg dauert weiter — es ist ja noch kein wirklicher Friede geschlossen worden — bis zum Siege unserer gemeinsamen heiligen Sache. „In Treue und Unglück vereint gegen Juda und dessen borniertes Werkzeug: Die Entente." Mit völkischem Gruße! Verein der erwachenden Ungarn.

***

Die „Deutsche Israelitische Zeitung" Nr. 12 vom 16. Juni 1921 bringt folgende Notiz:

Aus Budapest wird gemeldet: Ministerpräsident Graf Bethlen entwickelte im ungarischen Parlament sein Programm. Er schloß mit der Bemerkung, daß die in Ungarn bestehende Judenfrage nur durch die wirtschaftliche Erstarkung der ganzen Bevölkerung, nicht aber durch konfessionelle und gesellschaftliche Hetze gelöst werden könne. Die Regierung fühle sich stark genug, um alle Formationen, Truppen und Körperschaften, die sich der Wiederherstellung des öffentlichen Friedens in den Weg stellen, zu vernichten.

6. Antisemitismus in Italien.

Die „Voce Republicana" in Rom beschäftigt sich in der Nummer 84 d. J. mit dem „Antisemitismus auch in Italien?".

Der Verfasser des Artikels verwahrt sich gegen die Versuche, auch den Antisemitismus nach Italien zu verpflanzen. Dem antisemitischen Blättchen, das in Rom gegründet ist (der Name wird nicht genannt), prophezeit er nur kurzes Leben. Der Antisemitismus sei deutsches und russisches Fabrikat. Die Schriften der Antisemiten (z. B. die Weisen von Zion) seien Fälschungen und Verdrehungen. „In Italien kann diese traurige Pflanze der Reaktion nicht gedeihen. Sie wird dort stets im Keime erstickt werden."

Jedenfalls können die Antisemiten stolz sein, wenn sie durch ihr Treiben das deutsche Ansehen im Auslande herabgesetzt haben.

7. Judenherrschaft in Russland.

Die Antisemiten wollen mit allen erdenklichen Mitteln eine „Weltherrschaft" des Judentums nachweisen. Zu diesem Zweck bringt die antisemitische Zeitschrift des Grafen Reventlow „Der Reichswart" in den Nrn. 25 bis 27 „Eine lehrreiche Liste", in der die verschiedenen Sowjetkommissariate in ihrer namentlichen Zusammensetzung aufgeführt sind. Hinter den Namen ist die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Volksstämmen angegeben. Der „Reichswart" zieht folgende Schlußfolgerung aus der Zahl der Regierungsbeamten, die wirklich Rußland regieren:

Polen	1	
Tschechen	2	
Karaimen	1	
Letten	34	
Finnen	3	
Russen	30	Juden 447
Armenier	12	
Grussiner	1	
Emeretier	1	
Ungarn	1	
Deutsche	12	
Sa.	98	

Hiergegen stellt er dann in ähnlicher, nur wesentlich abgekürzter Weise eine Liste der Parteien auf, die sich in Opposition zu den Bolschewisten befinden; deren Zusammensetzung ergibt folgendes Bild:

Russen 5 — Juden 56

Kommentar überflüssig.

8. Konitz und Leipzig.

In der Nr. 50 vom 30. Juni bringt das „Deutsche Abendblatt" des Herrn Wulle ein Stimmungsbild über den Prozeß gegen den General Stenger vor dem Reichsgericht. Ueber das Zeugenverhör der elsässischen Zeugen, die Stenger sehr belasten, schreibt der Berichterstatter, Herr Adolf Zimmermann, wörtlich: „Ich muß weit zurückdenken in meinen Berufserinnerungen, und zwar über 20 Jahre, bis in die Zeit der Konitz-Prozesse, um ein Seitenstück zu dem, was ich im Verhandlungssaal erlebe, zu finden. Damals hatten auch alle, die vor Gericht antraten, etwas beobachtet, was in bestimmter Richtung belastend wirkt. Und die Wahrnehmung brachten sie alle überrascnend geläufig und in erfreulicher Uebereinstimmung vor. In solcher Uebereinstimmung, wie sie sich bei wirklichen Beobachtungen nie findet. Sowie aber der Richter Neugirr nach dem „drum" und „dran" der wichtigen Beobachtung zu zeigen begann, liefen die Aussagen wild phantastisch durcheinander. So sehr auseinander, daß man nur folgern konnte, entweder logen die Zeugen alle, oder derselbe wichtige Vorgang hatte sich zwölfmal zu verschiedenen Zeiten und jedesmal in anderer Aufmachung vor anderen Zeugen abgespielt. So also, wie damals in Konitz, sieht es auch um die Zeugenaussagen gegen General Stenger in der heutigen Verhandlung aus."

9. Die Skagerrakschlacht — ein jüdisches Börsenmanöver.

In Nummer 18 der „Demokratischer Blätter", Wochenschrift der Deutschen Demokra-

tischen Partei in Mecklenburg-Schwerin, befindet sich folgende Notiz:

Die Skagerrakschlacht — ein jüdisches Börsenmanöver.

In der deutschnationalen „Pommerschen Tagespost" findet sich die folgende Hundstagsblüte: Ein Herr Egon Hundecker erzählt dort: „Die Skagerrakschlacht war nichts als eine jüdische Börsenspekulation. Das internationale Finanzjudentum hatte 1915 beschlossen, durch eine englische Niederlage zur See die hohen englischen Kurse zu drücken und die niedrigen deutschen zu heben. Sir Ernest Cassel übernahm das Geschäft und setzte bei der englischen Regierung ihre Einwilligung in die Niederlage durch, nachdem er ihr klar gemacht hatte, daß dabei in wenigen Tagen 54 Millionen Pfund, also rund 1 Milliarde Goldmark zu gewinnen seien. Churchill sträubte sich etwas, aber durch einige Trinkgelder à 500 Pfund, die ihm Sir Ernest Cassel in die Hand drückte, wurde er auch gewonnen. Die Engländer ließen sich im Skagerrak ein wenig schlagen, die englische Regierung bauschte die Sache noch auf — und die große Börsenspekulation war geglückt. Die ganze Sache erscheint derart wahnsinnig, daß man ihr nur schwer glauben kann, dennoch ist kein Zweifel möglich." — Also schließt Herr Hundecker sein Hundtagsprodukt wahnwitzigen nationaldeutschen Geistes. Es wäre eine dankbare Aufgabe für einen Psychiater, festzustellen, wie es im Kopfe eines Mannes aussieht, der so etwas schreibt, und in den Köpfen derjenigen, die es lesen und glauben.

10. Schwarz-weiß-rot!

Zu dieser Frage schreibt der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe vom 29. Juni 1921 folgendes:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag" übersendet uns eine Entschließung, in der er den Reichstagsbeschluß in der Flaggenfrage „bedauert" und Volksentscheid über die Beseitigung der schwarz-rot-goldenen Gösch in der Handelsflagge fordert. — Schwarz-weiß-rot entwickelt sich immer deutlicher zur Farbe des Kapitalismus. Dabei ist folgende Beobachtung interessant: Während die Deutschvölkischen die schwarz-rot-goldne Flagge als „Judenfahne" titulieren, steht der jüdische Kapitalismus genau mit seinen christlichen Klassengenossen im Lager von schwarz-weiß-rot, wie ja auch im Reichstag bei den Verhandlungen über die Fahnenfarben die Vertreter des Börsen- und Bankkapitals durchgehend für schwarz-weiß-rot gestimmt haben."

11. Einstein und das Deutschtum.

Der „New-Yorker Korrespondent des „Berliner Lokal-Anzeigers" schreibt über den Vortrag Einsteins in Amerika, den dieser in deutscher Sprache hielt, laut „Demokrat" Nr. 25 v. 23. 6. 21:

Es ist keine Frage, daß der erste bedeutende Deutsche mehr als irgend jemand dazu beigetragen hat, dem Deutschtum freundlichere Gefühle zu verschaffen — zur Verzweiflung der Gegner allen Deutschtums.

❊❊❊

Wie sehr man in England Einstein als den „großen Deutschen" ansieht, erhellt aus der Aeußerung Lord Haldanes, die dieser bei seinen Einführungsworten zu dem Vortrag Einsteins im Kings College am 13. Juni tat: „Die höchste Wissenschaft ist ein Besitz, auf den die Welt im ganzen stolz ist, und das Genie kennt keine Grenzen. Wir sind Deutschland dankbar, daß es uns das Genie Einstein gegeben hat, gerade so, wie die Deutschen uns dankbar gewesen sind, daß wir der Welt das Genie Newton gegeben haben." (Diese Nachricht entnehmen wir der „Auslandspost" Nr. 27 vom 2. Juli d. Js., Seite 3, die sich auf die Westminster Gazette vom 14. Juni bezieht.)

12. Oberschlesien.

Wie die „Deutsch Israelitische Zeitung" vom 16. Juni 1921 mitteilt, fragte im Unterhause in London am 2. Juni ein Abgeordneter, ob der Regierung bekannt sei, daß die 20000 Menschen zählende jüdische Bevölkerung Oberschlesiens, die einen großen Teil der industriellen Bevölkerung bilde, einstimmig zugunsten des Verbleibens bei Deutschland sich ausgesprochen habe, da sie wisse, daß ihre Wohlfahrt mit Deutschland zusammenhänge, und ob diese Tatsache bei der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens in Betracht gezogen werden würde. Harmswoorth erwiderte, die Entscheidung werde in Uebereinstimmung mit dem Vertrage von Versailles erfolgen, der keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Rassen, Parteien und Religionen vorsehe. —

13. Die Ostjuden in Wien.

Der „Hammer" berichtet in Nr. 456 vom 15. Juni 1921 auf Seite 232, daß nach Feststellungen des Abgeordneten Dr. Ursin auf Grund amtlicher Zahlen Wien jetzt 583 000 Juden zählt, also 31½ % der Bevölkerung. Darunter seien 198 000 seit dem Kriege zugewanderte Ostjuden unnd demzufolge sei in Wien jeder dritte Mensch ein Jude. Wir haben festgestellt, daß zwar tatsächlich etwa 198 000 Ostjuden im Laufe der Jahre in Wien eingewandert sind. Es sind aber inzwischen bereits mehr als 100 000 Personen wieder in die Heimat zurückbefördert, so daß nur noch rund 90 000 jüdischgalizische Flüchtlinge in Wien verblieben sind. Von ihnen hat die Mehrzahl für Oesterreich optiert. — Da die Gesamtbevölkerung Wiens sich auf rund 1 800 000 Seelen beläuft und die gegenwärtige jüdische Bevölkerung Wiens nicht ganz 300 000 Seelen zählt, so bildet die jüdische Bevölkerung nur 16,6 % und nicht wie die antisemitischen Blätter behaupten, den dritten Teil der Wiener Bevölkerung.

14. Die Wurzeln des Bolschewismus.

Judentum die Grundlage und Juden die Führer des Bolschewismus — ein immer wieder hergesagtes Wort, das schließlich, die Gesetze der Suggestion bestätigend, als unwidersprechbare Tatsache erscheint und so verwertet wird. Vieldeutig ist der Ursprung dieser Bewegung, die manchen als nahende Verwirklichung der chiliastischen Idee bewegt. Doch nicht diese Probleme sollen hier, Abwehrmittel darbietend, erörtert werden. Historische Tatsachen, die einen Ausschnitt aus dem zaristischen Rußland in der Zeit der unbeschränkten Autokratie bilden, mögen in kurzer Betrachtung zeigen,

welche Quellen den Strom sozialer Bewegung in Rußland speisten, der heute, befreit, uferlos flutet.

Im Novemberheft 1900 der Preußischen Jahrbücher, die der bekannte Historiker Hans Delbrück herausgibt, besprach Emil Daniels unter der Ueberschrift „Der Anarchist Fürst Krapotkin" zwei Bücher. Das eine waren die „Memoiren eines Revolutionär", Krapotkins Autobiographie, das andere Dr. Eltzbachers Studie über den Anarchismus.

Fürst Peter Krapotkin, der Vater des Anarchismus verlebt seine Jugend als Leibpage des Zaren in der unmittelbaren Nähe Alexanders II. Ueber seinen Unterricht äußert er selbst: russische Kadetten und Gymnasiasten interessieren sich in hohem Maße für soziale, politische und philosophische Fragen. Auch Peter Krapotkin ist schon mit 13 Jahren Chefredakteur einer geheimen republikanischen Zeitung. Der 15jährige ist von dem in der russischen Gesellschaft herrschenden demokratischen Geist dermaßen beeinflußt, daß er nur auf väterlichen Zwang den verabscheuten Offiziersberuf an Stelle eines Studiums erwählt. Zum Leibpagen ernannt, bleibt er immer sozialer Revolutionär. Nach Absolvierung des Hofdienstes wählt sich der junge Fürst ein Kosakenregiment in Russisch-Asien, wo er für die erwarteten Reformen praktische Arbeitsmöglichkeiten erhofft. Der Tod seines Vaters gibt ihm die pekuniäre Möglichkeit einer Reise nach der Schweiz, dem Zentrum der sozialistischen Internationale. Aus den Zeilen des Fürsten aus jenen Tagen steigt das Bild einer zwanghassenden Jugend auf, die, nihilistisch gesonnen, Sturm läuft gegen alles, was den Eltern heilig ist. Die Namen von Töchtern der höchsten Aristokratie nennt Krapotkin, die Elend und Verbannung lieber tragen als daß sie sich den verhaßten Traditionen beugten. Zu dreien und vieren wohnen sie in einem Zimmer; bestreiten mit zehn Rubeln ihren ganzen Unterhalt und geben ihr ganzes Geld für Genossenschaften und Werkstätten, in denen sie selbst arbeiten, um immer im Zusammenhang mit dem Volke zu sein und es stets mit dem neuen Ideen vertraut machen zu können. Als Aerzte, Heilgehilfen, Dorfschreiber, als Hebammen oder Krankenpflegerinnen gehen die jungen Menschen auf das Land, ziehen in Dörfer, um den Aermsten zu dienen, um bei ihrer Erhebung aus Nacht und Elend mitzuhelfen. Aus dieser tatsächlichen und Ideenwelt kommt Peter Krapotkin nach der Schweiz, um sich neues geistiges Rüstzeug zu verschaffen. Hier findet er in dem Jurabund, einer Vereinigung von Uhrmachern, die auf Bakunins Lehren — übrigens gleichfalls ein gewesener hoher russischer Offizier — aufgebaut ist, das Ideal einer Volkspartei. — Nach Rußland heimgekehrt, schließt sich Krapotkin dem Tschaikowsky-Kreis an, einer geheimen sozialrevolutionären Gesellschaft, die sich hundertfältig über das ganze Land verzweigte. Zeiten fieberhafter Arbeit für die neue Idee folgen. Krapotkin und seine Freunde sind ständige Besucher der ärmlichsten Stadtviertel und predigen das neue sozialistische Evangelium der dumpfen Arbeiterschaft, die begierig der neuen Heilslehre lauscht. Das ganze eigene Vermögen stellen diese Idealisten in den Dienst ihrer Idee. Das Haus einer einfachen Genossin, die in Wahrheit die Tochter des Gouverneurs von Petersburg ist, bildet den Haupttreffpunkt. Diese Frau blieb ihrer Lehre treu, bis sie das Schaffot bestieg. Gleichzeitig damit geht eine eifrige Bearbeitung des Offizierkorps einher, um den Zaren nötigenfalls mit Gewalt willfährig zu machen. Bald ist die ganze Armee verseucht. Dieser Plan tritt jedoch in den Hintergrund gegenüber der Vorbereitung einer sozialen Massenerhebung der Bauernschaft, die auf die Aufteilung des Landes abzielt. Vielfältige Pläne kreuzen sich im Hirne dieser Leute, die von Hoffestlichkeiten in die Arbeiterviertel eilen, um den Kommunismus zu predigen. Schließlich ereilt Borodin, wie der Fürst in den Arbeiterkreisen heißt, das Schicksal: Zwei Jahre sitzt er in der Peter-Paul-Festung, bis ihn eine abenteuerliche Flucht in die Freiheit und wieder nach der Schweiz bringt. —

Wir wollen nur bis hierher Krapotkins Leben verfolgen. Denn das erregt unser Interesse vor allem, wie die kommunisischen Ideen von Personen sogar der nächsten Umgebung des Zaren in das Volk gebracht wurden und dort Wurzeln schlugen, aus denen dann langsam die Früchte entsprossen. — Zwei Menschenalter hat der Historiker ihnen für die Reife vorausgesagt. Und damals zählte man um 70. Die Prophezeihung ist — wenn auch etwas früher — doch Wirklichkeit geworden.

⁂

Der „Jewish Guardian" Nr. 85 vom 13. Mai veröffentlicht auf Seite 10 einen längeren Artikel über die antizionistische Propaganda in Sowjetrußland, über die wir bereits in Nr. 12 der „Mitteilungen des Syndikus" vom 25. April auf Seite 63 unter der Ueberschrift „Juden und Bolschewismus" einiges mitgeteilt hatten. Diese Notiz des Jewish Guardian aber ist von stärkerem Interesse, weil sie ein Zirkular wiedergibt, das die Sowjetregierung oder vielmehr das allrussische außerordentliche Komitee zur Niederschlagung der Gegenrevolution herausgegeben hat. Das Rundschreiben ist überschrieben: Rundschreiben Nr. 5 vom 1. Juli 1920. Es beginnt mit der Betrachtung von Rechts- und Linkssozialrevolutionären, kommt dann auf die Menschewiki zu sprechen und schließlich auf die Zionisten. In diesem letzten Teil führt es aus, daß die zionistische Organisation als eine Bewegung, die von neutralen Gedanken getragen ist und die niemals früher von den bürgerlichen Regierungen bekämpft wurde, von der Sowjetregierung auf das schärfste überwacht und unterdrückt werden muß, damit sich die Juden Rußlands ihr nicht zuwenden, sondern vielmehr den kommunistischen und bolschewistischen Grundsätzen der jetzigen Regierung Rußlands. Was uns an diesem Zirkular insbesondere interessiert, ist, daß es einen Beweis dafür liefert, daß in die große Masse der russischen Juden die kommunistische Idee bisher keineswegs Eingang gefunden hat. Die Mittel, mit denen die russische Regierung gegen die Zionisten vorzugehen beabsichtigt, sind diese: fortwährende Ueberwachung, Verhinderung öffentlicher und privater Zusammenkünfte, Zurückhaltung der Korrespondenz, die die zionistische Bewegung anbetrifft, Verweigerung von Reiseerlaubnissen für zionistische Delegierte zu irgendeiner zionistischen Zusammenkunft, nicht aber, wenn es sich um eine Reise in Geschäften für die russische Regierung handelt. Außerdem sollen die Zusammenkunftsorte und die Büros der Zionisten enteignet werden unter dem Vorwande, daß man die Gebäude für militärische und andere offizielle Zwecke braucht.

15. Die Juden in den Kriegsgesellschaften.

In Ziffer 20 der „Mitteilungen des Syndikus" Nr. 6 vom 10. Juni 1921 ist auf die Broschüre von Armin und die Befürchtung deutschvölkischer Kreise, daß die in dem Buch enthaltenen unwahren Angaben seine Beschlagnahme möglich erscheinen lassen, hingewiesen worden Eine eingehende Besprechung dieses antisemitischen Machwerkes ist in unserer Zeitschrift „Im deutschen Reich" Nr. 5—6 des Jahrganges 1921 gegeben worden.

Soeben geht uns die Nachricht zu, daß auf Grund einer einstweiligen Verfügung, die wir nachfolgend wiedergeben, die Verbreitung der Schrift verboten ist, solange nicht die auf Seite 142 enthaltene Behauptung, Julius Mandelbaum in München sei durch Urteil des Landgerichts Berlin vom Februar 1916 mit 4½ Jahren Gefängnis bestraft worden, aus dem Buche entfernt wird. Wir empfehlen unseren Mitgliedern und Freunden, auch ihrerseits gegen die unwahren Angaben mit allem Nachdruck vorzugehen. Zuwiderhandlungen gegen die einstweilige Verfügung bitten wir unverzüglich der Firma Julius Mandelbaum sowie der Zentrale mitzuteilen.

Wir geben nachstehend den Beschluß wieder:

Beschluß
in Sachen

1. Mandelbaum, Julius, Gesellschafter der Firma Julius Mandelbaum, G. m. b. H. in München, Möhlstr. 30.
2. Herz, Clara, Gesellschafterin der Firma Julius Mandelbaum, G. m. b. H. in München, Möhlstr. 30.
3. der Firma Julius Mandelbaum, G. m. b. H. in München, Kaufingerstraße 27.

gegen

Deutscher Volksverlag, Dr. Ernst Böpple in München, Adelheidstraße 36

wegen einstweiliger Verfügung

erläßt die V. Zivilkammer des Landgerichts München I am 14. Mai 1921 durch die unterfertigten Richter

Einstweilige Verfügung.

I. Dem beklagten Verlag wird bei Meidung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mk. für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten, das von ihm herausgegebene Buch „Die Juden in den Kriegsgesellschaften und in der Kriegswirtschaft von Otto Arnim" weiter in den Verkehr zu bringen, solange er nicht die auf Seite 142 enthaltene Behauptung, Julius Mandelbaum in München sei durch Urteil des Landgerichts Berlin vom Februar 1916 mit 4½ Jahren Gefängnis bestraft worden, aus dem Buche durch Unkenntlichmachen, durch Ueberdrucken, Neudrucke oder sonstwie entfernt hat.

II. Der Beklagte hat die Kosten dieses Verfahrens zu tragen.

III. Streitwert 10 000 Mk.

Gründe:

Durch die Klage vom 13. Mai 1921 und die eidesstattliche Bestätigung des klägerischen Vertreters von heute ist glaubhaft gemacht, daß die obenbezeichnete Behauptung unwahr ist. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß die Behauptung einen schweren, ehrenrührigen Vorwurf enthält und geeignet ist, die Antragsteller nicht nur an ihrer Ehre zu verletzen, sondern auch im Kredite und im allgemeinen Ansehen zu schädigen. Da die weitere Verbreitung zu besorgen ist, erscheint die verhängte Maßregel bei vorhandener Dringlichkeit zur Abwendung wesentlicher Nachteile für die Antragsteller geboten. Eine weitergehende Anordnung erschien jedoch nicht veranlaßt. Die Kosten treffen den Beklagten als unterliegenden Teil; der Streitwert wurde nach seinem Ermessen festgesetzt.

§§ 940, 936, 937, 913 ZPO.

gez.: Lindner, Hasinger, Schwertschlag.
Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit der Urschrift.

München, den 14. Mai 1921.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts München I.
L. S. gez.: Schramm.

16. Die „jüdischen" Vermögensschieber.

In Nr. 122 der „Salzwedel-Gardeleger Zeitung" (amtliche Zeitung für den Kreis Salzwedel) findet sich folgendes große Inserat:

Bekanntmachung!

In der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1921 sind wegen unrichtiger Angaben in ihren Steuererklärungen zur Kriegsabgabe zum Vermögenszuwachs bzw. zum Reichsnotopfer mit folgenden Beträgen, einschließlich der für verfallen erklärten und eingezogenen Werte, die nachgenannten Personen vom Finanzamt bestraft worden:

1.	Ackermann Friedrich Boewe in Ablum	mit M.	57 150
2.	„ Hermann Lemme in Zierau	„ „	141 200
3.	Landwirt Ernst Genecke in Stöckheim	„ „	225 200
4.	Hotelbesitzer Anton Müller in Salzwedel	„ „	109 650
5.	Landwirt A. Müller in Brunau	„ „	103 450
6.	Viehhändler Ferdinand Lüder in Ellenberg	„ „	18 710
7.	Kossat und Gastwirt Wilhelm Schulz Nr. 2 in Siedenlangenbeck	„ „	24 900
8.	Ackermann Hermann Schulz Nr. 4 in Recklingen	„ „	22 500
9.	Gastwirt Adolf Schmidt in Winterfeld	„ „	20 250
10.	Ackermann Friedrich Müller in Siedenlangenbeck Nr. 16	„ „	21 600
11.	Ackermann August Tegge in Hohenlangenbeck	„ „	32 100
12.	Gutsbesitzer Fritz Kamith in Liesten	„ „	24 200
13.	Kaufmann Otto Klinkow in Salzwedel	„ „	56 700
14.	Ackermann Gustav Gose in Ahlum	„ „	43 600
15.	Ackermann Hermann Neuling in Ziethnitz	„ „	44 300
16.	Frau Elisabeth Erxleben in Salzwedel	„ „	9 100
17.	Ackermann Joachim Gädke Nr. 3 in Hohenlangenbeck	„ „	71 800
18.	Mühlenbesitzer Heinrich Landsmann in Rohrberg	„ „	142 800
19.	Ackermann Reinhard Bierstedt in Kl. Bierstedt	„ „	162 400
		insgesamt Mark	1 331 610

in Worten Eine Million Dreihunderteinunddreißigtausendsechshundertzehn Mark.

Weitere Strafverfahren sind eingeleitet.

Salzwedel, den 26. Mai 1921.

Finanzamt.
Groth, Regierungsrat.

17. Minister Lipinski zur Ostjudenfrage.

In der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 27. April kam es bei einer Anfrage betreffend Ausweisungsverfügung gegen Ausländer zu einer Ostjudendebatte.

Hierbei äußerte sich der Minister des Innern Lipinski (gemäß dem Bericht der Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung Nr. 50 und 51) dahin, daß nach einer Verfügung des Ministeriums vom 12. 4. 1920 bei jeder Ausweisung unnötige Härte zu vermeiden ist. Lipinski, der nach unseren Feststellungen nicht jüdischer Abstammung ist, nahm sich in durchaus freundlichem Sinne der vertriebenen Ostjuden an.

Im Laufe der Debatte nahm auch der mehrheitssozialistische Landtagsabgeordnete und Wirtschaftsminister Fellisch das Wort und sagte u. a. folgendes:

„Noch betrübender aber ist es, daß Sie die Ausweisungsfrage zu einer Antisemitenfrage niedrigster Art gemacht haben. (Sehr richtig! links.) Lassen Sie mich ein einziges Wort zur Verteidigung der Ostjuden sprechen, nicht, weil ich die Juden im besonderen verteidigen will, sondern weil mir jede politische Frage in erster Linie eine Weltanschauungs- und Menschheitsfrage ist (sehr richtig! links) und der Jude ein Mensch ist genau so gut wie wir und die vielgerühmten guten Christen.

Wenn man einem Juden ein Unrecht antun kann durch die Ausweisung, so in erster Linie dem Ostjuden. Warum haben wir in Deutschland mehr Ostjuden als zuvor? Die Ostjuden sind zum großen Teil solche, die während des Krieges auf Geheiß, Befehl oder Bettelei der stolzen damaligen Obersten Heeresleitung dem Reiche Bütteldienste leisten mußten. Der Ostjude hat in Polen und Galizien Dienste verüben müssen, die einem Deutschen, wenn er sie hätte verüben müssen, an den Kragen gegangen wären. Der Ostjude war der, der mit dem Handwagen herumkutschierte und die letzten Reste Lumpen, Knochen und altes Eisen zusammenholte, damit man die Granaten verschießen konnte, bis es das deutsche Volk satt hatte. Was man diesen Ostjuden jetzt angedeihen lassen will, ist der so oft bewährte Dank des Vaterlandes. (Sehr gut! links.) Der Ostjude wundert sich darüber vielleicht noch; wir deutschen Arbeiter wundern uns darüber nicht mehr. Wir sind diesen Dank des Vaterlandes an so vielen Beispielen gewöhnt geworden, daß uns diese Dinge überhaupt nicht mehr auffallen.

Es ist auch eine offenbare Unwahrheit, wenn mit einer so demonstrativen Betonung hier behauptet worden ist, daß eine Unzahl von Juden am mitteldeutschen Putsch beteiligt gewesen sei. Es ist festgestellt worden, daß kein Jude daran teilgenommen hat."

18. Eine deutsch-christliche Kirchenwahlliste.

Die Nr. 46 von Wulles „Deutsches Tageblatt" vom 26. Juni 1921 veröffentlicht den Aufruf zu einer deutsch-christlichen Liste für die Wahlen zur verfassunggebenden Kirchenversammlung. Der Aufruf dürfte auch für katholische Kreise von Wichtigkeit sein. Die Bestrebungen laufen letzten Endes darauf hinaus, die in der Bibel festgelegten Ziele und Unterbauten unserer Kultur und Religion zu zertrümmern.

„Deutsches Volk in Not! Rom dringt vor und die semitische Welle schlägt über uns zusammen. Wo noch Aufrechte sind, drängen sie sich unter dem Banner „deutsch" zusammen, um ihrem Volke Rettung zu bringen. Hat unsere Kirche allein die Zeichen der Zeit nicht miterlebt? Fort mit allem Hader! Aber nicht eine notdürftige, verwaschene Lösung in einer farblosen „parteilosen" Liste, sondern ein Banner, dessen Gedanke über aller Parteiung steht! Deutsch sein! auch dort, wo jedes Volkes lebendigste Adern schlagen! Wo das Herz nicht mehr stark schlägt, ist der Körper siech!

Deutsch sein!
Auch im Heiligsten deines Volkes!
In seiner Religion und damit auch in seiner Kirche!

Was wir wollen:

Deutsch sein können, auch in unserer Religion und Kirche!

Eine Kirche, die römischem Vordringen, die der semitischen Entartung unseres Volkes nicht durch Erziehung und Lehre die Wege bahnt, sondern uns in deutschem Christentum wieder eine feste Burg gibt!

Eine Kirche, die nicht durch Lohnhoffnung und Strafandrohung zu semitischem Materialismus erzieht, sondern zu deutscher Sittlichkeit: Ohne Hoffnung und Furcht nur um der Sache willen handelt!

Eine Kirche, die uns ein Bekenntnis zu unserm deutschen Jesus und Luther gibt!

Eine Kirche, die Türen und Fenster weit offen hält und deutsches Leben aus- und einläßt!

Eine Kirche, die nicht Herrin, sondern Dienerin ihrer Religion ist: die treu das ihr anvertraute Gut „religiöses Erleben" verwaltet, den andern aber — ob Staat, ob Forschung, ob Schule — die ihre läßt!

Eine Kirche, die keine Behördenkirche, sondern eines Volkes, unseres deutschen Volkes Kirche ist! —

Wer deutscher Christ ist, wählt die deutsch-christliche Liste!"

19. Ein jüdisches Weltprogramm vom Jahre 1905.

Die Protokolle der „Weisen von Zion".

Die „Weisen von Zion" beschäftigen in den letzten Monaten wieder stark die deutsche Oeffentlichkeit, nachdem die neuen Auflagen auf den Markt gekommen sind. Wir geben im Folgenden verschiedenes Material, altes und neues wieder, sind uns aber bewusst, dass eine erschöpfende Darstellung damit nicht gegeben ist. Man vergleiche auch die Nr. 4 der „Mitteilungen". Die Red.

Die „Schweizer Republikanischen Blätter" vom März-April 1921, wiedergegeben von der „Allgemeinen Evangel.-Lutherischen Kirchen-Zeitung" (Verlag Dörfling u. Franke in Leipzig) bringen in der Beilage zu Nr. 50, 1920 unter der Ueberschrift: „Ein jüdisches Weltprogramm vom Jahre 1905" einen Artikel, welcher aus dem vom Ströter und Schädel herausgegebenen „Prophetischen Wort" in Nr. 12 übernommen und mit einem Nachwort versehen wurde, von der „Kirchen-Zeitung" fand er seinen Weg in eine ganze Reihe deutscher Zeitungen, in diesen wiederum mehr oder weniger kommentiert. Schon die Vor- und

Nachbemerkungen der „Allg. Ev. Luth. Kirchenztg." enthalten mehrere schwerwiegende Irrtümer, die berichtigt werden müssen:

Die Ueberschrift des Artikels ist irreführend. Es handelt sich nämlich nicht um ein im Jahre 1905 aufgestelltes „Programm", sondern nur um die angebliche Wiedergabe eines Berichtes über geheime Verhandlungen auf dem ersten Zionistenkongreß in Basel im Jahre 1897. Das Jahr 1905 spielt nur insofern eine Rolle, als in diesem Jahre das „Programm" in einer russischen Ausgabe erschien, in welcher es ein Jahr darauf in alle Welt verschickt wurde.

Wenn es ferner heißt, die russische, politische Polizei hätte eine Abschrift des in hebräischer Sprache verfaßten Originals sich verschafft und dieses Herrn Prof. Nilus zur Uebersetzung ins Russische übergeben, so berichtet Nilus selber (nach Beek, S. 10), daß die Abschrift französisch gewesen wäre und daß er sie einer Persönlichkeit verdanke, welche sie von einer Frau aus einem französischen Orte erhalten hätte. Herr zur Beek erzählt sogar noch anders. Die russische Polizei hätte die französische Abschrift des Verhandlungsberichtes durch einen Spion erhalten, welcher sie in einer Nacht heimlich vom französischen Originaldokument eines Boten angefertigt. Hier hat Beek den Prof. Nilus — sonst sein Gewährsmann — an Erfindungsgabe noch übertroffen. (Die Geh. d. W. v. Z., Seite 8 f.)

Dann wird noch das British-Museum in London als Beweis für die Echtheit des „Programms" herangezogen, indem behauptet wird, dieses hätte im Jahre 1920 das ihm von Nilus übersandte Exemplar selber veröffentlicht. Mit Bezug auf diese Behauptung, die die „Allg. Evang. Luth. Kirchenzeitung" noch in Nr. 12 unbesehen übernommen hatte, bemerkte sie selber: „Wir würden das Ganze für eine antisemitische Irreführung halten, wenn nicht das British-Museum mit seinem Ansehen dahinter stände." Aber schon in Nr. 16 muß dasselbe Blatt auf Grund eines vom Museumsdirektor Kengon selber gegebenen amtlichen Bescheides zugeben, daß das Museum nur ein (ihm von Nilus seinerzeit zugesandtes) Exemplar besitze, es selber aber nicht veröffentlicht habe. Nun weiß jedermann, daß das Vorhandensein eines Buches in einer großen Bibliothek noch lange kein Beweis für seinen Wert oder gar seine Echtheit ist, zumal es nicht einmal angeschafft, sondern zugesandt ist. Trotzdem also das British-Museum nicht mehr mit seinem Ansehen hinter dem „Programm" steht, zieht die „Allg. Ev. Luth. Kirchenzeitung" doch nicht den Schluß daraus, „das Ganze für eine antisemitische Irreführung zu halten", wie sie in Nr. 12 sich geäußert hatte, sondern bemerkt nur so nebenbei, „Also auch in London kannte man die Sache seit 1905", als ob dies für die Echtheit, um welche es sich allein handelte, von irgend welcher Bedeutung wäre.

Nach dieser Auseinandersetzung mit den verschiedenen äußerlichen Unrichtigkeiten des Artikels wollen wir versuchen, den Spuren der Fälschung selber nachzugehen. Wir können sie bis ins 16. Jahrhundert verfolgen. In für uns dankenswerter Weise hat Herr zur Beek in der Einleitung zu seinem Buche „Die Geheimnisse der Weisen von Zion (V. Aufl., S. 3—6) den sogenannten „Toledobrief" veröffentlicht, um nachzuweisen, daß die Juden schon im 16. Jahrhundert Weltherrschaftspläne zur Vernichtung des Christentums gehegt hatten. Bei wissenschaftlicher Prüfung erweist sich nämlich der „Toledobrief" durch sein Datum (13. Schebat und 21. Kislew 1489) als eine plumpe Fälschung. Kein Rabbiner, zumal noch im 15. Jahrhundert, wird unter seinen Brief neben das hebräische Tag- und Monatsdatum die Jahreszahl nach Christi Geburt setzen. Dieser Brief, welcher, wie viele ähnliche Fälschungen immer wieder, wenn ein besonderer Zweck es erforderte, an die Oberfläche kam, ist zweifellos festgestellt als ein Machwerk des Cardinals Juan Martinez Guijaro, welcher es, als in einer Kirche zu „Toledo" gefunden, im Jahre 1558 zum ersten Male veröffentlichte, um nach der Vertreibung der Juden aus Spanien, die Vorschriften gegen die zurückgebliebenen Marrannen, denen er nicht traute, zu verschärfen. (Revue des Etudes Juives 1880). Der Brief ist der Typus all jener Fälschungen, welche die Juden des Strebens nach der Weltherrschaft beschuldigen, um ihre Verfolgung zu verschiedenen Zeiten herbeizuführen.

Und nun weiter folgende interessante Feststellung. Erst kürzlich hat Prinzessin Catharina Radziwill, welche fast ein halbes Jahrhundert lang zu den höchsten politischen Kreisen Rußlands in den engsten Beziehungen stand, ausdrücklich bezeugt, daß sie im Jahre 1884 einen Agenten der russischenn Polizei, Galowinski, in Paris empfangen habe, welcher ihr die „Protokolle" in französischer Sprache als sein Machwerk zeigte und sich dessen rühmend, versicherte, mit ihm der russischen Regierung die Möglichkeit zu schaffen, die Juden zu vernichten. Dieses Machwerk fügte zu den alten Fälschungen neue rein politische hinzu, welche neben der Absicht, nach der Ermordung Alexanders II. die bestehende Volkserregung auf die Juden abzulenken und diese dem Zaren als eine gefährliche Verbrecherbande zu schildern, noch den Zweck verfolgte, den Herrscher von jeder Reform zurückzuhalten. Beides gelang! Wie die Prinzessin auf Grund ihrer zuverlässigen Informationen weiterhin mit Bestimmtheit versicherte, spielten diese „Protokolle" noch öfter eine ähnliche gefährliche Rolle, so beim Dreyfus- und Beilis-Prozeß, im russisch-japanischen Kriege und in der russischen Revolution im Jahre 1905, im Jahre 1917 und schließlich soll auch Denikin sie benutzt haben, um Pogrome zu veranstalten.

Der Judenbrief von Toledo, das Romankapitel von Goedsche (der Judenfriedhof in Prag), der Brief der Frau Pastor Fr.-Teterow, Deutsche Zeitung, Berlin, 7. Juni 1919), eine stark abgekürzte Wiedergabe des Ratcliffschen Friedhofskapitels aus den 70er Jahren nach dem Tagebuch einer Frau v. M. aus Potsdam), die Nilussche Veröffentlichung sind alles nur Etappen auf dem jahrhundertelangen Wege der Fälschungen, welche in das Machwerk des Herrn zur Beek münden, um den Zionistenkongreß zu Basel zum Schauplatz von 24 Geheimsitzungen und die „Protokolle" zu Berichten jener erdachten Sitzungen zu machen. Vielleicht ist hier zu erwähnen, daß die Teilnehmer an der fraglichen Baseler Tagung des Zionistenkongresses jede Geheimsitzung als Lug und Trug bezeichnet haben.

Nun zum Inhalt des angeblichen „Weltprogramms".

Wir wollen uns nicht weiter mit der Heranziehung von auf Schritt und Tritt sich darbietenden Einzelheiten nach dieser Richtung hin abgeben, sondern uns vor allem mit dem Grundgedanken des Programms beschäftigen, welcher von der Weltherrschaft und ihrer Erstrebung durch verbrecherische Mittel spricht. Vor der Tatsache aber stehend, daß der größte Teil des jüdischen Stammes noch jetzt in tiefstem Elend sich befindet — man lese Bulaschow „Die Nutznießer des Bolschewismus", Philo-Verlag, Berlin 1921 — kann der Vorwurf, daß die Juden nach Weltherrschaft streben, nur wie roher Spott erscheinen. Wo dennoch aus dem jüdisch-religiösen Schrifttum, besonders aus der Bibel ein solcher Gedanke herausgelesen wird, da bezieht er sich ausnahmslos entweder auf die feindlichen Nachbarvölker des ehemaligen jüdischen Staates (V. B. M. 6, 10—11; 7, 16, 34; Jesaja 60, 10—12) oder auf die Hoffnung des Judentums, daß seine Idee von einem durch Erkenntnis, Selbstheiligung und Menschenliebe geweihten Gottesreich auf Erden einst die ganze Menschheit beglückend durchdringen und beherrschen werde (I. B. M. 12, 3, Jesaja 2, 1—4). An eine irdische Herrschaft des jüdischen Volkes über andere Völker ist an jenen herrlichen prophetischen Stellen nirgends gedacht. (Siehe auch: Goslar, Jüdische Weltherrschaft, Philoverlag Berlin 1920).

Aber auch die Mittel, welche zur Erreichung jenes vermeintlichen Zieles der „Weisen von Zion" in den „Protokollen" empfohlen werden, stehen in direktem Gegensatz zu den anerkannten, wichtigsten Grundsätzen der jüdischen Religion.

In den „Protokollen" erinnert nämlich der Redner daran, daß „ein großes Ziel nur dann erreichbar sei, wenn man in der Wahl der Mittel nicht nicht wählerisch ist". Auf der Befolgung dieser Weisung ruht der ganze schwindelhafte Bau der Beschuldigung, daß die Juden auf verbrecherischem Wege nach der Weltherrschaft strebten. Um die völlige Haltlosigkeit für ein solches Prinzip innerhalb des Judentums darzutun, bedarf es nur der Hervorhebung der Mizwa habáa beawera, der Erinnerung an das strenge jüdische Verbot, ein gutes Werk durch das Mittel einer sündhaften Tat auszuführen. Die Talmudstelle Sukka 30a, welche an Maleachi (Kap. I, V. 13) anknüpft und die dazu gehörige Tosafotstelle können die ausnahmslose, unbedingte Befolgung dieses Grundsatzes nicht genug betonen.

Die „Weisen von Zion" haben die „Ehre", besonders in Deutschland gläubige Anhänger zu finden. In Amerika haben 150 der hervorragendsten christlichen Männer, mit Wilson an der Spitze, einen energischen Protest gegen „das verhetzende und verlogene antisemitische Machwerk" erhoben und Staatssekretär Lansing hat ausdrücklich hervorgehoben, daß er die „Protokolle" nach eingehender Prüfung als eine Fälschung erkannt hat, welche zu üblen Zwecken in Umlauf gesetzt wurde. (Amerika and The Jews, London 1921, The Preß Committee of the Jewish Board of Deputies, S. 5) (s. „Mitt." Nr. 4.)

Prof. Dr. Kahrstedt aber, ein hervorragender deutschnationaler Politiker, welcher kürzlich auf den Lehrstuhl für Alte Geschichte an der Universität Göttingen berufen wurde, macht in seinen „Eisernen Blättern" Nr. 31 zu einer Stelle der Protokolle die treffende Bemerkung: „Hier hört die Zuständigkeit des Politikers auf und die des Mediziners beginnt."

* * *

Nachtrag.

Inzwischen ist in Nr. 18 der „Allg. Evang. Luther-Kirchenzeitung" ein neuer Artikel über das „Weltprogramm" erschienen, in welchem mehrere Anwürfe wiederholt und neue herangeholt werden.

1. Es wird darin behauptet:

Der Mangel an jüdischen Kenntnissen bei den Verfassern des „Weltprogramms" wäre kein Beweis seiner Unechtheit, weil es sich hierbei nicht um bibelgläubige, sondern um „moderne" und „zionistische" handelte.

Unsere Antwort darauf lautet:

„Moderne" Juden pflegen überhaupt kein Hebräisch oder es so mangelhaft zu verstehen, daß sie solche unglaublichen Schnitzer gar nicht zu machen in der Lage sind. Die Schnitzer weisen deutlich auf antisemitische Quellen hin. „Zionistische" Juden gehören entweder zu den „modernen"; dann gilt auch für sie das eben Gesagte oder aber sie können gut Hebräisch; dann machen sie nie derartige Tollheiten.

2. Es wird ferner gefragt:

Warum man die Juden schon so lange des Strebens nach der Weltherrschaft beschuldigt.

Wir antworten darauf:

Wie die Form des Abendmahls die Ursache dafür war, daß die Römer aus Mißverständnis die ältesten Christen des Ritualmordes beschuldigten, so boten auch jene Prophetenstellen, welche die Unterwerfung und Vernichtung der feindlichen, Israel schwer bedrückenden Völker jener Zeit oder die einstige Herrschaft des einig-einzigen von Israel erkannten und angebeteten Gottes über die ganze Erde verkündeten, Unkundigen und Böswilligen den Anlaß, von einer jüdischen Weltherrschaft materieller Art zu sprechen, von welcher aber nirgends die Rede ist.

3. Der Artikel fragt weiter:

Wie erklärt sich die staunenerregende Erfüllung des schon 9 Jahre vor dem Weltkriege veröffentlichten sogenannten jüdischen Weltprogramms. Müßte man nicht darin einen Beweis seiner Echtheit, einer absichtlich von den Juden vorbereiteten Kette von Ereignissen erblicken?

Darauf erwidern wir folgendes:

a) Im zweiten Teile des Programms heißt es: „**Mit allen Mitteln** müssen wir zu verhindern suchen, daß die Kriege **Landgewinne** bringen. Dieser als ganz besonders wichtig bezeichnete Teil des Programms hat sich nicht nur nicht erfüllt, sondern ist geradezu ins Gegenteil verkehrt worden, wie die völlig veränderte Karte von Europa als sichtbarstes Resultat des Weltkrieges unwiderleglich beweist.

b) Die übrigen Ursachen, Erscheinungen und Folgen des Weltkrieges, welche eine Erfüllung der im „Programm" erwähnten Punkte darstellen, haben sich

mit Naturnotwendigkeit aus der Gewitterschwüle heraus vollzogen, welche seit zwei Jahrzehnten die inner- und außenpolitische Atmosphäre der europäischen Völker wachsend erfüllte. Ihre Entladung konnte von jedem politisch Kundigen mit fast allen Einzelheiten — wie die Literatur vor dem Kriege beweist — vorausgesehen werden, ohne daß von prophetischer Begabung die Rede zu sein brauchte.

Vielleicht ist der Verfasser — Scherz muß sein — in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes zu suchen, der sich ja heute rühmt, den unheilvollen Krieg und seinen niederdrückenden Verlauf vorausgesehen zu haben.

c) Dasselbe gilt von der angeblich starken Beteiligung der Juden an der Umwälzung. Soweit Führer jüdischer Abstammung nachzuweisen sind, ist deren Tätigkeit in Rußland zu einem Teile verständlich durch die besondere Zurücksetzung und Anfeindung, welche die Juden im Zarenreiche erduldet hatten. Doch ist über dieses Thema schon soviel gesagt worden, daß es hier zu wiederholen müßig ist.

***

Im „Völkischen Beobachter" (Nr. 39) und „Deutschen Sozialist" (Nr. 21) veröffentlicht ein sonst unbekannter, nur mehrfach als antisemitischer Pamphletist hervorgetretener Knud Flämming einen Artikel, in welchem er ohne jeden Beweis die Behauptung aufstellt, daß der bekannte Schriftsteller **Achad ha'am (Ginsberg) der Verfasser der famosen „Protokolle" wäre**, die sein „erbittertster Gegner" Herzl auf dem Baseler Zionisten-Kongreß vorgelesen haben sollte.

Wir wollten Ginsberg, der in London wohnt, veranlassen, gegen den Verleumder vorzugehen, da es sich hier um eine persönliche Beleidigung und um wichtige Feststellungen in unserem Kampfe handelt. Augenblicklich jedoch liegt Herr Ginsberg so schwer und bedenklich krank darnieder, daß er auf ärztlichen Rat und auf dringenden Wunsch seiner Familie von jeder Aufregung ferngehalten werden muß.

Wir werden jedoch die Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren.

***

Die „Deutsche Zeitung" vom 11. Juni 1921 (Abendausgabe) veröffentlicht folgende Notiz:

„Bekanntlich bestreiten die Juden die heutige Gültigkeit des Schulchan Aruch und des Talmud. Wertvoll dürften daher nachstehende Aeußerungen einflußreicher Juden in einer Sitzung vom 17. April 1921 sein, wo seitens des neuen jüdischen Gemeindevereins in Berlin die Schaffung eines Beth-Din (jüdisches Sondergericht) gefordert wurde. Ein Dr. Löb erklärte in dieser Sitzung, es entspreche einem Gebot der Thora, überall, wo Juden eine Gemeinde bilden, ein Gericht einzusetzen, das Recht spreche nach den Bestimmungen des jüdischen Gesetzes. In Altona sei auch jetzt wieder zuerst ein Beth-Din ins Leben gerufen, und die gemachten Erfahrungen seien ganz vorzüglich. Ein Herr Dr. Klee gibt in dieser Sitzung zu, daß eine ganze Reihe von Fragen, so z. B. das gesamte Eherecht, Eheschließung, Ehescheidung bis auf die Gegenwart nach talmudisch-rabbinischem Recht behandelt werden. Die Rabbiner bekommen eine Vollmacht, nach diesem Recht zu richten. Ein jüdisches Gericht sei an sich ein obligatorischer Bestandteil jeder jüdischen Gemeinde.

Diese wertvollen Zugeständnisse beweisen, daß die von deutschvölkischer Seite ständig aufgestellte Behauptung vollauf berechtigt ist, wonach die Bestimmungen des Talmud und Schulchan auch heute noch Gültigkeit haben, und daß es sich hierbei demzufolge um jüdische Geheimgesetze handelt!"

Von unterrichteter Seite haben wir dazu die folgende Auskunft eingezogen:

Es ist richtig, daß von der Fraktion der jüdischen Volkspartei in der Repräsentantenversammlung der Antrag gestellt worden ist, ein Beth-Din einzurichten, das nach jüdischem Zivilrecht entscheiden solle. Es ist auch zutreffend, daß ein solches Gericht in Altona besteht. Der treffliche Berichterstatter vergißt nur einige „Kleinigkeiten":

1. ist auch von der jüdischen Volkspartei dieses Gericht nur als fakultatives Schiedsgericht verlangt worden und zwar für die Ostjuden, welche aus ihrer Heimat gewöhnt sind, ihre Streitigkeiten vor dem Rabbiner schlichten zu lassen.

2. ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden und sogar einige Konservative haben dagegen gestimmt. Die Liberalen haben geschlossen dagegen gestimmt. Herr Landgerichtsrat Halle und Herr Rechtsanwalt Stern haben ausgeführt, daß wir von denjenigen Ostjuden, die hier gleiche Rechte verlangen, auch fordern, daß sie sich dem deutschen Zivilrecht unterwerfen.

3. Die Behauptung des Herrn Dr. Klee, daß rabbinisches Recht noch in Gültigkeit sei, ist vollkommen zutreffend. So hat z. B. das Reichsgericht in der Entscheidung im 57. Bande S. 250 eine sehr ausführliche Entscheidung über Ehescheidung nach jüdischem Recht erlassen.

4. Der Clou der Notiz ist die famose Schlußfolgerung über die Bestimmungen des Talmud und des Schulchan Aruch und daß es sich dabei „demzufolge" um Geheimgesetze handelt. Wie „geheim" diese Gesetze sind, ergibt sich daraus, daß z. B. das Reichsgericht in dem Urteil zwei Werke über jüdisches Eherecht in deutscher Sprache anführt, nämlich 1. Lichtschein, „Die Ehe nach mosaisch-talmudischer Auffassung" und 2. Fraenkel, „Das jüdische Eherecht".

20. Sie wollen keine Pogrome.

In der Nr. 297 des „Vorwärts" vom 26. Juni findet sich folgende Notiz:

Orgesch wird lyrisch.

Ein Leser unseres Blattes übersendet uns folgende „Verse", die in einem D-Zug-Abteil von Jünglingen mit handtellergroßem Hakenkreuz am Waffenrock gesungen und von unserem Gewährsmann festgehalten wurden:

Du tapferer Held, Du schoßt den Gareis nieder,
Du brachtest uns allen die Befreiung wieder,
Von einem saubern Sozihund.
Welch' Licht in unserer Trauerstund'!

Auch Rathenau, der Walter,
Erreicht kein hohes Alter.
Die Rache, die ist nah.
Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Laß uns froh und munter sein,
Schlagt dem Wirth den Schädel ein.
Lustig, lustig, trallerallala,
Bald ist Wilhelm wieder da!

Wenn einst der Kaiser kommen wird,
Schlagen wir zum Krüppel Dr. Wirth,
Knallen die Gewehre tack, tack, tack
Auf's schwarze und das rote Pack.

Haut immer feste auf den Wirth!
Haut seinen Schädel, daß er klirrt!
Knallt ab den Walter Rathenau,
Die gottverfluchte Judensau!

* * *

Die Zeitschrift „Hammer" Nr. 453 vom 1. Mai bringt folgende Notiz:

„Das „Alte Frankreich", Organ der französichen Judengegner, schreibt: „Alle Völker stehen vor dem Bankrott. Wohin ist ihr Vermögen gekommen? In die Schränke der jüdischen Banken; in die Taschen der jüdischen Schwindler, Spekulanten, Monopolisten, Hungersnot-Erzeuger. Jedes Volk kann aus dieser Lage herauskommen, sein Vermögen und den alten Geldwert wieder herstellen, seine Anleihen löschen, Schulden, Schadenersatz und Pensionen bezahlen — einfach, indem er den Juden ihren Raub wieder abnimmt."

* * *

Das „Deutsche Tageblatt" veröffentlicht in Nr. 34 vom 12. Juni einen Artikel „Unterschiede". Es wird in dieser Plauderei erzählt, daß kurz nach der Freigabe der Butter eine aus Galizien stammende Frau Rebekka Zuckerkandl 5 Pfund beste Tafelbutter kauft, während ein Invalide, der einen Arm verloren hat, sich nur ¼ Pfund Tischbutter leisten konnte. Im Laufe des Gesprächs habe der Invalide sich bei dem Autor des Artikels nach dem Namen der Dame erkundigt und als ihm dieser genannt wurde, erklärt: „Herr, wenn der Tag kommt, wo unser Vaterland von dieser Pest befreit wird, da will ich mit Freuden auch meinen rechten Arm noch hergeben!" — Immer dran denken! —"

21. „1. und 2. Posaune."

Am 26. Juni 1921 wurde durch Flugblätter, die in großen Buchstaben mit „1. Posaune" überschrieben waren, zu einer Versammlung im Berliner Lustgarten aufgefordert. Es hatten sich 200 Personen angesammelt, von denen nicht einmal 30 als „Teilnehmer" anzusprechen waren, darunter die Hälfte Frauen. Zwei Unbekannte hielten pogromistische Reden. Ein langer, unrasierter Mann forderte die Juden auf, innerhalb von 4 Wochen Deutschland zu verlassen, sonst würden sie totgeschlagen werden. Eine „2. Posaune" etablierte sich vor der Freitreppe des Alten Museums. Vor einem Häuflein Neugieriger erscheint „Er", der große Unbekannte, der in dem Flugblatt als besondere Attraktion genannt war, in Karnevalskostüm in weißer Toga mit weißem Ueberwurf über die linke Schulter, ein großes versilbertes Blechherz auf der Brust, barhäuptig und in Sandalen. „Die eisernen Besen seien jetzt fertig, mit denen man das jüdische Schwefelpack auskehren würde", so sprach der Mann etwa 10 Minuten unter dem Beifall einiger Schreihälse. Es kam nur zu kleineren Störungen, die durch Zwischenrufe von Arbeitern verursacht wurden.

Wir geben diesen kurzen Versammlungsbericht nur deshalb wieder, weil er zeigt, welch' sonderbare Blüten der deutschvölkische Frühling zeitigt.

22. Der „Völkische Beobachter" verboten.

Wir wollen unseren Freunden einige Stilblüten nicht vorenthalten, die in dem Artikel des „Völkischen Beobachters" vom 23. Juni 1921 „Das Mauscheln an der Spree", gestanden haben, die dann das Verbot herbeigeführt haben dürften.

„In der Berliner Reichsmauschelbude . . . ."

„Und in spaltenlangen Schleimartikeln berichtet die Judenpresse des ganzen Bankerottreiches . . . ."

„Den Vogel aber schoß er selber ab, der Reichsspelunkenwirth . . . ."

„Der Nachttopf, den der rote Staatsanzeiger Schmul von Karlsruhe . . ." (gemeint ist das amtliche Organ der Badischen Regierung, der Badische Staatsanzeiger).

„Und wenn dieser hirn- und mannsgliedbeschnittene Rote von Karlsruhe glaubt . . ."

„Denn vielleicht könnte man sich, wenn man sich die schwarze Schmach ansieht, daran erinnern, daß wir Deutsche zur Zeit noch eine andere Schmach erleben müssen, die teilweise noch viel gemeiner ist, wie die schwarze: die jüdische . . ."

23. „Die Rasse, nicht die Religion".

In der letzten Gemeinderatssitzung in Arnstadt wurde über den Verkauf von Friedhofsareal an die Synagogengemeinde verhandelt. Zu dieser Vorlage hatte sich ein 18jähriger antisemitischer Jüngling, der Gruppenrat des deutschvölikschen Schutz- und Tutzbundes Namens Levin, erlaubt, dem Gemeinderat eine Eingabe zu unterbreiten, in der aufs allerentschiedenste dagegen protestiert wird, daß ein Teil des neuen Friedhofes als Judenfriedhof Verwendung findet, und daß so die Angehörigen der Rasse, die unserm deutschen Volke Vernichtung geschworen hat, mit unseren Toten gemeinsam, d. h. in nächster Nähe ihre Ruhestätte finden.

Der Gemeinderat genehmigte als Antwort auf diese Eingabe einstimmig den Antrag der Synagogengemeinde auf Ueberlassung des Areals. (Siehe auch „Welt am Montag" Nr. 26 vom 20. 6. 21.)

Neulich marschierte in Guhrau der Jungsturm, unter Führung der Studenten Knobel und Clautz Götz zu einer Wanderung aus. Beim Anblick eines Friedhofes fragte Knobel, was das für ein Kirchhof sei. Als er die Antwort erhielt „Der Judenfriedhof" befahl er: Halt! Dreimal ausspucken! (Vorwärts Nr. 291 vom 23. 6. 21.)

Eine kleine Broschüre „Wissenswertes für die deutschblütige Jugend" von Ernst Streit im Verlage Rohm in Lorch enthält eine Unterhaltung junger Menschen über die jüdische Religion, und es heißt dort wörtlich: „Der Jude tut damit (indem er die rassische Eigenart der Germanen planmäßig zu verderben sucht) seinem Gotte Jahwe den größten Dienst. Der Verführer der armen Anna Weise

war ein Jude. Indem er dieses deutschblütige Mädchen schändete, brachte er seinem Gotte ein Opfer dar."

Aber selbstredend kämpfen die Deutschvölkischen nicht gegen die Religion, sondern nur gegen die Rasse.

24. Der Knabenentführer „Sternberg".

Durch die Berliner Presse ging am Freitag, den 24. d. M. eine lange Notiz über das geheimnisvolle Verschwinden eines Knaben. Sie lautet: „In tiefste Bekümmernis ist die Witwe Berthold in der Rostocker Straße 49 durch das bis zur Stunde unaufgeklärte Verschwinden ihres 16jährigen Sohnes versetzt worden."

Am 5. Juni war in der „Morgenpost" die Anzeige erschienen:

„Nehme unentgeltlich elternlosen netten Knaben bis zu 16 Jahren mit in die Sommerfrische. O. P. 34814 Ullstein-Filiale Olivaer-Platz, Kurfürstendamm 186".

Unter den vielen, die sich hierauf meldeten, befand sich auch die Witwe Berthold. Bei ihr erschien nun am Sonntag, den 19. Juni ein ihr unbekannter Mann, der sich auf das Inserat berief und sich durch eine von der Waisenkommission der Jüdischen Gemeinde an ihn gerichtete Zuschrift als Sternberg-Saphir aus der Kantstraße 51 auswies. Der Mann erzählte, daß er einem netten Knaben eine unentgeltliche Sommerfrische wolle angedeihen lassen und daß er sich deshalb zunächst mit der Jüdischen Gemeinde in Verbindung gesetzt habe. Diese habe ihm auch drei Knaben vorgeschlagen. Die Verhandlungen seien jedoch nicht zum Abschluß gekommen, und er habe nun den Weg des Inserats beschritten. Der angebliche Sternberg-Saphir, der die Zuschrift der Waisenkommission zurückließ, hatte es sehr eilig und drang darauf, daß er gleich am übernächsten Tage mit ihrem Sohne abfahren könne. Die Frau, in der Freude, ihrem Sohn eine Sommerfrische angedeihen lassen zu können, war arglos und vertrauensselig genug, um auf alle Vorschläge des Mannes einzugehen. Am Dienstag, den 21. Juni, früh 8,25 Uhr, fuhr der Knabe mit seinem Begleiter vom Stettiner Bahnhof ab, ohne daß die Mutter wußte, wohin die Reise ging. In ihrer Besorgnis ging sie nach Kantstraße 51, fand aber hier nicht einen Sternberg-Saphir wohnhaft, sondern den Zigarrenhändler Saphir, der hier sein Geschäft betreibt. Dieser wußte von dem Fälscher seines Namens nichts, als daß er ein paarmal bei ihm war und ihn bat, ob er sich nicht seine Post nach seinem Laden schicken lassen dürfe. Er hat auch gehört, daß der Kunde ein paarmal sich mit der Jüdischen Gemeinde durch den Fernsprecher unterhielt. Nach dieser Entdeckung wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, die sofort Nachforschungen nach dem Knaben nach allen Richtungen einleitete. Ihre Ermittelungen ergaben, daß Sternberg-Saphir tatsächlich einmal an die Jüdische Gemeinde geschrieben hatte, er wolle einen 10- bis 14jährigen Knaben in die Sommerfrische mitnehmen.

Alle diejenigen, die über den Verbleib des Mannes mit dem Knaben irgend etwas mitteilen können, werden ersucht, sich im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums bei Kriminalkommissar Gennat zu melden. Der verdächtige Mann ist etwa 41 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat hellblondes Haar, kurzen Schnurrbart und trug einen grauen Lodenanzug, einen schwarzen Regenmantel, vielleicht Gummimantel, eine Reisemütze, eine gelbe Ledertasche und einen Spazierstock."

Des Rätsels Lösung fanden wir in einer Notiz des „Berliner Tageblatts" vom Freitag, den 1. Juli 1921.

Die polizeioffiziöse Meldung lautet: „Das geheimnisvolle Verschwinden eines Knaben, über das wir berichteten, ist jetzt aufgeklärt. Wie wir mitteilten, hatte der Mann, der sich fälschlich Sternberg genannt hatte, durch ein Inserat einen elternlosen Knaben zur Begleitung in die Sommerfrische gesucht und den Sohn der Wwe. Berthold aus der Rostocker Str. 49 mitgenommen. Die Mutter des Kindes hatte aber Verdacht geschöpft, als sie hörte, daß der von dem Manne angegebene Name falsch war. Die Kriminalpolizei, die daraufhin eifrig nach dem Knaben und dem unbekannten Manne fahndete, ermittelte jetzt die beiden in Lauterbach, auf der Insel Rügen, in einem kleinen Gasthof. Der Knabe wurde in Schutzhaft genommen und der Mann zunächst verhaftet, später aber wieder freigelassen, da er sich als den **Mechaniker Franke aus Charlottenburg** zu erkennen gab. Er sagte aus, daß er Mitleid für Knaben habe, die durch den Krieg vaterlos geworden wären und daher beschlossen habe, einen solchen Knaben mit auf die Reise zu nehmen. Da sich seine Frau damit nicht einverstanden erklärte, habe er den falschen Namen angenommen."

Nach unseren Feststellungen ging Sternberg zunächst zu einer Frau K., Große Frankfurter Straße Nr. 80/81, deren Sohn ihm von der Waisenkommission der jüdischen Gemeinde nebst zwei anderen empfohlen war. Er stellte sich als Sternberg vor, erklärte seine Frau sei Jüdin, er aber christlichen Glaubens. Die Ehe wäre kinderlos, er mache sich aber ein Vergnügen daraus, in jedem Jahre ein fremdes Kind, und zwar abwechselnd ein jüdisches und ein christliches auf seine Erholungsreise mitzunehmen. Die Sache zerschlug sich jedoch, und er erhielt auf das obenwiedergegebene Zeitungsinserat hin den Sohn der Frau Berthold, die christlichen Glaubens ist. Am Tage der Abreise begleitete sie ihren Sohn nach dem Stettiner Bahnhof und fragte, als der Zug zur Abfahrt bereit stand, wohin nun eigentlich die Reise ginge. „Sternberg" ging über die Frage leicht hinweg mit den Worten, er werde schon sehen, wo es für ihn am besten wäre und drängte zum Einsteigen. Noch an demselben Tage begab sich die etwas beunruhigte Frau nach der Waisenkommission der jüdischen Gemeinde, deren Antwortschreiben an „Sternberg" dieser als Legitimation der Frau Berthold übergeben hatte, konnte jedoch dort nichts anderes erfahren als von dem Schreiben des „Sternberg" an die Waisenhauskommission, welches denn auch sofort der Kriminalpolizei zur Ermittelung des Täters übergeben wurde.

Wir bringen den Tatbestand in dieser großen Ausführlichkeit, damit unsere Freunde von Grund aus in der Lage sind, antisemitischen Andeutungen irgendwelcher Art das einwandsfreie Tatsachenmaterial entgegenhalten zu können, zumal das „Spandauer Tageblatt" einen vielversprechenden Anfang damit gemacht hat, indem es bereits am Donnerstag, den 30. Juni cr. auf der ersten Seite einen Artikel mit der sensationellen Ueberschrift brachte: **„Jüdische Entfüh-**

rung eines Minderjährigen?" Den im Sinne dieser Ueberschrift tendenziös zurechtgestutzten Polizeibericht schließt das deutschvölkische Blatt mit folgender Randbemerkung: **„Geheimnisvolles Dunkel lastet auf dieser Entführung, man wird jedoch unwillkürlich an jene jüdischen Ritualmorde erinnert, bei denen ebenfalls Kinder spurlos verschwunden und man erst später durch Zufall von ihrem qualvollen Tode erfuhr."**

Vor Redaktionsschluß kommt uns der Ersatz für den verbotenen „*Völkischen Beobachter*" der „*Nationalsozialist*" vom 3. Juli 1921 zu Gesicht, der unter der Ueberschrift „*Wieder Menschenhandel aus Religiösität?*" im Anschluß an den Polizeibericht folgert:

„Es ergibt sich also folgendes Beachtliche: 1. Das Inserat stand in einer jüdischen Zeitung. 2. Es war abzugeben in der Filiale eines Juden (Ullstein), und zwar Filiale Kurfürstendamm (Berlin W.) — Judenviertel. 3. Der Täter stand im Verkehr mit der israelitischen Kultusgemeinde, er nennt sich Sternberg: Täter ist Jude, und zwar orthodoxer — welcher Deutscher hätte ausgerechnet etwas bei der israelitischen Kultusgemeinde zu tun! 4. Der Zigarrenhändler heißt komischerweise Saphir!

Wir hoffen, daß es der Staatsanwaltschaft gelingt, etwas Licht in dies „mysteriöse" Dunkel zu bringen, und empfehlen ihr dringend, sich die *Lehren des Talmud* genauestens anzusehen und zu überdenken, welche *Folgeerscheinungen* diese Lehren auf die Begriffe von Sitte und Moral der Lernenden haben könnten und haben müssen."

Das „*Deutsche Wochenblatt*" vom 6. Juli spricht sogar von einer Durchkreuzung eines *Ritualmordplanes*.

25. Fall Lewin-Breslau.

Durch die antisemitische Presse ging dieser Tage die Notiz, daß die *Inhaber der Firma C. Lewin, Breslau, wegen Kapitalverschiebungen usw. verhaftet seien.* Die antisemitische Presse griff diese Mitteilung erfreut auf und versah sie mit den üblichen Kommentaren.

Ohne unsererseits *vor* gerichtlicher Entscheidung zur Sache selbst Stellung nehmen zu wollen, möchten wir nachfolgend nur die Mitteilung veröffentlichen, die die *Rechtsvertreter der Firma Lewin* der „*Breslauer Zeitung*" (vom 16. 6. 21) eingesandt haben.

„Das gegen einige Inhaber der Firma C. Lewin anhängige Verfahren hat keinerlei Steuerdelikte, insbesondere nicht etwa Kapitalverschiebung, zur Grundlage. Es handelt sich vielmehr lediglich um die bereits vor vielen Monaten von dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund erhobenen Vorwürfe, wegen derer bekanntlich von der Firma C. Lewin gegen den Schutz- und Trutzbund ein Zivilprozeß anhängig ist, nämlich um Kettenhandel, Preistreiberei, Betrug durch falsche Frachtdeklarationen und Bestechung von Bahnbeamten. Die Inhaber der Firma C. Lewin fühlen sich, wie sie ja durch Erhebung der Zivilklage schon bewiesen haben, vollkommen rein. Der Erlaß des Haftbefehls ist nur dadurch möglich gewesen, daß die Untersuchung sich darauf beschränkt hat, ausschließlich das vom Schutz- und Trutzbund dargebotene Belastungsmaterial zu sammeln, und daß die Beschuldigten, obwohl das Verfahren seit Dezember 1920 schwebt, in ihm noch nicht vernommen waren. Dagegen wurden Zeugen gehört, deren Unglaubhaftigkeit auf der Hand liegt. Die Belastungszeugen sind nämlich in der Hauptsache wegen Unredlichkeiten entlassene frühere Angestellte der Firma, der Kronzeuge, namens Graupner, ein entlassener Angestellter, der Erpressungsversuche gegenüber der Firma C. Lewin vorgenommen hat und in dem gegen ihn deshalb anhängig gewordenen Verfahren Unzurechnungsfähigkeit vorgeschützt hat. Der Untersuchungsrichter hat diesen Zeugen, dessen Persönlichkeit ihm wohl unbekannt war, vereidigt und in den Aussagen dieses Mannes die Unterlagen zum Erlaß des Haftbefehls gefunden. Die Haftentlassung der Herren Leo und Max Lewin ist bereits wenige Stunden nach ihrer Vernehmung gegen Kaution erfolgt. Der geradezu groteske Verdacht einer beabsichtigten Flucht ist dadurch entstanden, daß der kranke Seniorchef der Firma sich z. Zt. — natürlich mit Genehmigung des Finanzamts — in Marienbad zur Kur aufhält und sein Schwiegersohn Anfang voriger Woche seine erkrankte Frau aus Wien holte, von wo er programmmäßig am Sonntag zurückgekehrt ist. Gegen den letzteren war ein Haftbefehl nicht ergangen.

26. Der Fall Wallerstein.

Die Verurteilung Roths.

Im letzten Jahre wurden wiederholt in Flugblättern und Zeitungsartikeln die schwersten Beschuldigungen gegen *Kommerzienrat Wallerstein*, dessen Verdienste um die deutsche Schuhversorgung allgemein, auch von christlichen Firmen, anerkannt worden sind, erhoben. Die Antisemiten machten ihm u. a. zum Vorwurf, daß er seine Stellung zur Unterbringung von Verwandten mißbraucht habe.

In der *Verhandlung* am 26. Mai d. J. vor dem Schöffengericht Hamburg konnte Kommerzienrat Wallerstein als Zeuge die Unrichtigkeit der tatsächlichen Angaben des Flugbattes an der Hand eines umfangreichen Materials dartun; es gelangten Vertrauenskundgebungen der in Frage kommenden Organisationen, insbesondere der Generalversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, sowie Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums und anderer amtlicher Stellen zur Verlesung, in denen der uneigennützigen Tätigkeit und vorbildlichen Geschäftsführung des Herrn Kommerzienrat Wallerstein ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt wurde. Im Laufe der Verhandlung, die sich über annähernd 8 Stunden erstreckte, kam es häufig zu erregten Zusammenstößen zwischen dem Rechtsvertreter Wallersteins, Rechtsanwalt Dr. Beith und dem Angeklagten, insbesondere anläßlich der dem Angeklagten gemachten Vorwürfe, daß er sich der Verantwortung für seine schmählichen Anwürfe zu entziehen versuche.

Nach langer Beratung verurteilte das Gericht unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Willers den Angeklagten zu

Mk. 1500.— Geldstrafe evtl. 150 Tagen Gefängnis und dem Antrage des Vertreters der Privatkläger entsprechend zur Publikation des Urteils in sämtlichen in Frage kommenden Fachblättern. In der mündlichen Urteilsbegrün-

dung führte der Vorsitzende aus, daß die formellen Einwendungen des Angeklagten sämtlich zurückgewiesen seien und daß der Angeklagte für die Verbreitung des Flugblattes die Verantwortung trage; der Wahrheitsbeweis sei als völlig mißlungen zu betrachten. Die den Nebenklägern zugefügten Beleidigungen seien ganz außerordentlich schwere und aus diesem Grunde habe sich das Gericht ernstlich überlegt, ob nicht eine Freiheitsstrafe am Platze gewesen sei. Nur aus dem Grunde, weil das Gericht nicht angenommen habe, daß der Angeklagte aus gemeiner Gesinnung heraus gehandelt habe, sei auf eine Geldstrafe erkannt, die aber mit Rücksicht auf die durch nichts bewiesenen Verleumdungen auf den Höchstbetrag festgesetzt sei.

Wir sind noch nicht im Besitze des Urteilstenors und behalten uns vor, darauf zurückzukommen.

27. Die Firma Berl.

Durch die Presse ging die Nachricht, daß die jüdische Firma Berl als einzige von den Wiener Kohlengroßhändlerfirmen die Aufforderung Korfantys zu Verhandlungen über Lieferungen aus Oberschlesien nicht abgelehnt habe. Wie das Wolff'sche Telegrafenbüro meldet (Vorwärts Nr. 247 vom 28. 5.) hat der Inhaber der Firma erklärt, daß zwischen ihm und dem „Kohlenräuber Korfanty" keinerlei Beziehungen beständen und keinerlei Verhandlungen geschwebt hätten.

28. Dr. Marcus.

In einer Notiz des „Deutschen Wochenblatt" Nr. 21 vom 25. Mai 1921, wird behauptet, der Leiter der Presseabteilung der Reichsgetreidestelle, Dr. Marcus (der übrigens sich während seiner langjährigen Tätigkeit in Aegypten großen Ansehens erfreute), habe zu Angestellten der Reichsgetreidestelle anläßlich der Beisetzung der Kaiserin die Aeußerung getan: „Gott sei Dank, daß die alte . . . tot ist."

Herr Dr. Marcus sandte uns hierauf umgehend nachfolgenden Brief:

„In Nr. 21 des „Deutschen Wochenblattes" wird mir unter der Ueberschrift „Der gute Ton" eine nicht wiederzugebende Aeußerung über die verstorbene Kaiserin in den Mund gelegt.

Ich lege Gewicht auf die Feststellung, daß ich weder die von dem „Deutschen Wochenblatt" behauptete, noch eine ähnliche Aeußerung jemals getan habe. Ich habe gegen den Herausgeber des „Deutschen Wochenblattes", Kunze, Strafantrag gestellt."

gez. Dr. Marcus.

Bei Auftauchen dieser Verleumdung in andern Blättern bitten wir um umgehende Nachricht.

29. Georg Quindel.

In der „Hannoverschen Zeitung" vom 12. 3. findet sich folgende Notiz:

„Warnung". In letzter Zeit macht Herr Georg Quindel in der Provinz wieder von sich reden. Er verschickt antisemitische Flugblätter mit einem Begleitschreiben, in dem er bittet, auf sein Konto bei der Städtischen Sparkasse, Hannover, für „Volkaufklärung" Einzahlungen zu leisten. Vor der Tätigkeit dieses Herrn ist nur zu warnen. Er ist am 23. Februar 1912 vom Landgericht in Bautzen wegen Betruges mit 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, am 18. Mai 1914 vom Landgericht Bautzen wegen Beleidigung mit 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist anzunehmen, daß seine antisemitische Propaganda nur im eigenen pekuniären Interesse betrieben wird."

Hiergegen wandte sich Quindel in verschiedenen Zeitungen, u. a. in der Nr. 16 des „Deutschen Wochenblattes":

„Ein merkwürdiges Oberpräsidium. Herr Georg Quindel, Hannover, bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Das Oberpräsidium in Hannover hatte eine Warnung in die Presse bringen lassen, wonach anzunehmen sei, daß ich meine antisemitische Tätigkeit nur im pekuniären Interesse ausübe. Ich habe dem Oberpräsidium nachgewiesen, daß meine Kassenführung von einem Konsortium nachgeprüft wird und ich lediglich ein Monatsgehalt von 2000 Mark bekomme. Ferner sind dem Oberpräsidenten die Bestätigungen von drei Behörden vorgelegt, wonach zu Beanstandungen keine Veranlassung vorliegt.

Daraufhin erklärt das Oberpräsidium, auch wir geben zu, daß von Eigennutz nicht gesprochen werden kann. Leider können wir als Behörde nicht gut widerrufen, greifen Sie uns in einem Flugblatt an, und wir werden schweigen.

Eine Erklärung dieses Vorgehens kann ich mir ersparen."

Inzwischen erschien in der „Osnabrücker Freien Presse" vom 4. April folgende Notiz:

„Nochmalige Warnung vor einem Antisemiten. Von der Pressestelle beim Oberpräsidium der Provinz Hannover wird uns geschrieben: In einem uns zur Kenntnis gekommenen Rundschreiben an die Presse behauptet Herr Quindel, das Oberpräsidium habe sich dahin geäußert, daß von einem Eigennutz hinsichtlich seiner antisemitischen Tätigkeit nicht gesprochen werden könne. Eine Behörde könne aber nicht gut etwas widerrufen, er solle uns in einem Flugblatt angreifen und wir würden dazu schweigen. Diese Behauptung ist selbstverständlich unwahr. Der Einblick in seine Akten veranlaßt uns, unsere seinerzeit bekanntgegebene Warnung in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Durch seine erlogene Berichtigung beweist Herr Quindel, wie gemeingefährlich sein Treiben ist."

Wir bitten zum Vergleich „Mitt. des Synd." Nr. 21 zu beachten.

Seit Mai erscheint übrigens eine kritische deutsche Wochenschrift „Der Sturm", deren Herausgeber Georg Quindel und deren Schriftsteller Ernst Löns in Hannover sind. Der Preis dieser Wochenschrift beträgt, wie es auf der Bestellkarte heißt: „infolge des jüdischen Papierwuchers" 20,— Mark jährlich.

30. Die Verteidiger im Hölz-Prozeß.

Die drei Verteidiger im Hölzprozeß sind, so behaupten die antisemitischen Blätter, sämtlich jüdischen Glaubens. Nach unseren Feststellungen ist Rechtsanwalt Hegewisch rein arischer Abstammung und hat persönlich erklärt, daß in seiner und seiner Frau Familie kein Tropfen jüdischen Blutes wäre. Justizrat Broh, sowie Justizrat Fränkl sind zwar jüdischer Abstammung, haben aber seit geraumer Zeit mit dem Judentum nichts mehr zu tun.

31. Professor Werner-Butzbach.

Material über die Reden des bekannten antisemitischen Agitators Professor Dr. Werner-Butzbach steht auf Wunsch bei der Zentrale zur Verfügung.

32. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund an die Geldleute.

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht in Nr. 252 vom 3. Juni 1921 folgenden Aufruf:

Not erfordert Arbeit.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Gau Groß-Berlin und Brandenburg, Herr Beythien, übersendet uns einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Saat ist reif, aber um unsere Arbeit wirksam fördern zu können, bedürfen wir Geld und abermals Geld. Wir können allesamt als Teilchen in der großen anwachsenden Bewegung arbeiten, Erfolg — nämlich den Aufbau der deutschen Zukunft — können wir aber erst dann erreichen, wenn nicht nur immer dieselben Mitstreiter, sondern jeder einzelne von uns soviel Pflichtgefühl in sich trägt, sich ganz der Arbeit hinzugeben und innerlich erfaßt von unserem Wollen sich tätig zur Verfügung stellt.

Wir wollen stets daran denken, daß wir hier in Berlin in der Zentrale des Schmutzes sitzen und deshalb um so schärfer arbeiten müssen, weil von hier aus die Fäden ins Reich hineinlaufen, ebenso muß von hier aus die deutsche Reichspresse beeinflußt werden. Diese Erkenntnis mag genügen, daß sich allmählich unbedingt deutsche Geldleute finden müssen, die sich ihrer Verantwortung dem deutschen Volksganzen gegenüber endlich bewußt werden und größere Summen unserer Arbeit zur Verfügung stellen.

Ich richte deshalb an alle bewußt-deutschen Menschen die dringende Bitte, ihr ganzes Augenmerk auf diese Lösung der Geldfrage zu richten und uns die Anschriften von maßgebenden Persönlichkeiten aufzugeben, die für diesen Zweck in Frage kommen. Kleinere Sammlungen in Bekannten- und Freundeskreisen bitte ich direkt auf das Konto des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Gau Brandenburg und Groß-Berlin (Postscheckamt Berlin NW 7, Nr. 76406) zu überweisen. Ebenso wäre es nur zu begrüßen, wenn jeder, der irgendwie in der Lage ist, eine gewisse Summe unserem Kampfschatz zu spenden, uns diese umgehend zur Verfügung stellt.

Die Erkenntnis reift überall, darum: Arbeit tut not!

* * *

Eine ernste Mahnung für Mitglieder, die immer noch die Hand auf dem Geldbeutel halten, wenn der Centralverein an sie herantritt.

33. Die Deutsche Volkspartei und die Judenfragen

In München finden derzeitig Erörterungsabende der Studentengruppe der Deutschen Volkspartei über die Judenfrage statt. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" in ihrer Morgenausgabe vom 20. Juni 1921 berichten, nahm als Vertreter des Judentums Dr. Max Maier, (ein uns nahestehender, mutiger Verfechter unserer Ideen. Die Red.), das Wort. Er „nützte in scharfer Dialektik die Vergleiche und Zitate geschickter als die Gegner." Nach den Auseinandersetzungen präzisierte der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Major Woenninder, die Stellung seiner Partei zur Judenfrage, wobei er sich im wesentlichen auf das Leipziger Programm stützte. Nach Würdigung aller Gründe für die gegenwärtige starke Welle des Antisemitismus und des auf allen Gebieten stark hervortretenden führenden Einflusses der Juden lehnte der Redner Radauantisemitismus und Judenhetze für seine Partei ab. Dagegen bekämpfe diese die Vorherrschaft des Judentums, die in keinem Verhältnis stehe zu seiner prozentualen Kopfzahl, und das weitere Eindringen und Ueberfluten durch volkfremde Elemente. Vor allem bekämpfe die Deutsche Volkspartei die vom marxistischen Geist verursachten Zersetzungserscheinungen, ebenso aber auch jene, die sich wie Wucher, Schieberei usw. im christlichen Gewande zeigen. Auf nationalem Boden stehende Juden auszuschließen, habe keine liberale Partei Ursache. Als praktische Vorschläge zur Bekämpfung des Judentums, vielmehr des jüdischen Geistes, gelten der Deutschen Volkspartei: Reinhaltung des deutschen Blutes, der deutschen Sitten und Entziehung des deutschen Geistes und der deutschen Kunst von überwucherndem fremden Einfluß.

34. Schutzbund für deutschvölkische Ostseebäder.

In Nr. 23 der „Mitteilungen" von 1920 berichteten wir über eine in Zinnowitz abgehaltene Versammlung zu dem Zweck, dieses Bad für rein deutsche Gäste frei zu halten. Nunmehr erfahren wir, daß im vergangenen Winter ein „Schutzbund für deutschvölkische Ostseebäder" ins Leben gerufen ist und daß in Zinnowitz wie auch in Borkum Gemeinschaften bestehen, die das Ziel verfolgen, Juden keinen Zutritt zu diesen Bädern zu gewähren.

35. Stinnes.

Die „Deutsche Israelitische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Nummer vom 16. Juni 1921 folgende Notiz:

In einem Artikel „Stinnes" berichtet der „Regensb. Anzeiger" Nr. 259 vom 9. Juni (Organ der Bayerischen Volkspartei") folgendes: „Ueber das Stinnes-Problem — man kann ruhig so sagen — schreibt der konservative Politiker A. Röder in der „S. C. C." u. a.: Eine wirtschaftliche Verwüstung wird geradezu angerichtet, wenn die Kapitals- und Unternehmungskonzentrationen sich fortsetzen, wie wir es in der jüngsten Zeit erleben und deren typischer Vertreter Herr Stinnes ist. Herr Stinnes hat Glück. „Wenn er Jude wäre, hätte man ihn längst gelyncht." Man kann dem noch hinzufügen: Wenn ein Jude stinnesen würde, wären es „die Juden."

* * *

Der „Hammer" Nr. 456 vom 15. Juni 1921 enthält auf Seite 240 unter der Rubrik „Kleine Auskünfte" folgende Mitteilung:

„Auf vielfache Anfragen: Hugo Stinnes ist unseres Wissens nicht jüdischer Abstammung. Ueber seine Gesinnung und den letzten Zweck seiner Riesen-Unternehmungen sind wir nicht unterrichtet."

Es ist bezeichnend, daß der „Hammer" sich bei dieser Auskunft der größten Zurückhaltung in bezug auf Abgeben eines eigenen Urteils befleißigt.

36. Minister Dr. Rosen.

In der Nr. 121 der „Lippischen Tageszeitung" vom 25. Mai und einer Anzahl anderer Organe befindet sich die Behauptung, daß der Außenminister Dr. Rosen jüdischen Geblüts sei.

Unsere Ermittelungen ergaben, daß Dr. Rosen väterlicherseits **rein christlicher** Abkunft ist, während seine Mutter und seine Frau jüdischer Abstammung sind.

Von Interesse dabei ist aber, daß Dr. Rosen nicht durch die „verjudete Revolutionsregierung" in hohe Stellungen gekommen ist, sondern daß es die Regierung Wilhelms II. war, die ihn vom Dozentenstuhl im orientalischen Seminar wegholte und zum Dolmetscher in Teheran, später zum Konsul in Buschir machte, von wo er nach Beirut und dann nach Jerusalem ging. Nachher wurde er Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, ging im Jahre 1905 in außerordentlicher Mission zu Negus Menelik II. von Abessinien und war wegen der Marokko-Affäre zeitweise in besonderem Auftrage in Paris tätig. Dann war er drei Jahre Gesandter in Tanger und zuletzt Gesandter in Bukarest.

37. A. D. B.

Bei seiner Pfingsttagung in Frankenhausen hat der A. D. B. (Allgemeiner Deutscher Burschenbund) in Erweiterung früherer Beschlüsse Leitsätze aufgestellt, von denen wir nachstehend auszugsweise einige zum Abdruck bringen:

Der A. D. B. sieht in der Verteidigung der schwer bedrohten völkischen Eigenart gegen den Ansturm weltbürgerlicher Ideen, in der Erhaltung der deutschen Kultur . . . . eine seiner vornehmsten Aufgaben . . . . Die Mitglieder des A. D. B. sind gewillt, ohne sich auf den Boden eines schrankenlosen Rassenantisemitismus zu stellen, dem überstarken Einfluß des Judentums, namentlich dort, wo er den nationalen Zielen des Bundes entgegensteht, zu bekämpfen, und bekennen sich zu bewußter Gegnerschaft gegen den Geist, den man gemeinhin den „jüdischen" nennt, mag er sich bei jüdischen oder nichtjüdischen Staatsangehörigen zeigen.

Man sieht: der A. D. B., der einst im Gegensatz zur Deutschen Burschenschaft (D. B.) und aus ihr heraus als freiheitlicher Verband gegründet war, der einstmals Juden zu seinen Mitgliedern zählte, hat bald die Burschenschaft wieder erreicht.

38. Handelshochschule Nürnberg.

Unter der Ueberschrift: „Eine Folge antisemitischer Umtriebe" bringt die „Vossische Zeitung" vom 20. Juni 1921 eine Drahtmeldung aus Nürnberg über den Dozentenstreik an der dortigen Handelshochschule, an der sich seit mehreren Monaten antisemitische Umtriebe bemerkbar machten. Besonders hervor tat sich ein Student Strömsdörfer, der Mitglieder des Verwaltungsrats der Handelshochschule mit Schmähungen überhäufte und deshalb vom Senat mit Entlassung bedroht wurde. Dann ließ der Rektor der Handelshochschule einen Anschlag der „Franco-Bavaria", der von seinen Mitgliedern die eidesstattliche Versicherung forderte, daß sie niemals eine Heirat mit einem „farbigen oder jüdischen Weibe eingehen werden" vom schwarzen Brett der Hochschule entfernen. Eine Minderheit der Studenten demonstrierte, und darauf traten die Dozenten in den Streik, d. h. sie stellten ihre Vorlesungen ein. In einer Studenten-Versammlung sprach man darauf Rektor und Senat das volle Vertrauen aus, bezeichnete aber die Entfernung des antisemitischen Anschlages als Eingriff in die akademische Freiheit. Auf Grund dieser Beschlüsse wurden die Vorlesungen wieder aufgenommen. Der Senat hat die Entlassung Strömsdörfers beschlossen.

39. Universitätstag in Köslin.

Die Universität Greifswald veranstaltete am 18. und 19. Mai einen Universitätstag in Köslin, um den dortigen Akademikern den Zusammenhang mit der Provinzialuniversität zu vermitteln. Obgleich die Stadtverwaltung und der Arbeitsausschuß ausdrücklich betonten, daß die Vorlesungen der Professoren im Zeichen des Burgfriedens stehen würden, war die Veranstaltung nichts anderes als eine Propaganda für den Hochschulring deutscher Art, die sich in stark antisemitischem Fahrwasser bewegte. Die Vorlesung des Geheimrat Proksch, Prof. der Theologie, bildete in letzterer Beziehung den Höhepunkt. Wir möchten aus seiner Vorlesung einige Sätze wörtlich wiedergeben. Er sagte u. a.:

„Der ewige Jude verkörpert sich am besten in der Gestalt des Meier Anschel Rothschild, des Gründers des Frankfurter Bankhauses. Dieser Mann galt als der Frömmste in der frommen Frankfurter Gemeinde. Er entblödete sich nicht, sich am hochheiligen Bußtage in der Synagoge die Brust zu zerschlagen, seine Sündenbekenntnisse zu Gott emporzuschreien, bis er in Ohnmacht fiel, aus der er nur durch gewisse Odeurs ins Leben gerufen werden konnte. Er scheute sich aber nicht, am Tage vorher und am Tage nachher seine Mitmenschen um Millionen zu bewuchern . . .

Die Rechtsprechung müßte unbedingt eine Aenderung erfahren, die nationales Recht, nationale Gesinnung voraussetzt und die Juden darum als international keinen Anteil an unserer Rechtsprechung haben dürften . . .

Es hat den Anschein, als mache sich eine Massenflucht der Juden in das christliche Lager bemerkbar. Diese abtrünnigen Juden müßte man ablehnen, da sie meist aus egoistischen Gründen ihrer Religion den Rücken kehren. Dagegen sind uns solche Juden willkommen, die das Christentum als eine Erleuchtung von oben auf sich nehmen . . .

Welch' geradezu dämonischen Einfluß das Judentum hat, sehen wir in Rußland. Wenn also Deutschland sich dieser Gefahr entziehen will, so muß die Judenfrage gewaltsam selbst mit den Mitteln gelöst werden, die vor 400 Jahren z. Zt. der Austreibung der Juden aus den einzelnen Ländern Anwendung fanden."

Gegen diese Ausführungen ist schon eingehend in der „Volkszeitung für Hinterpommern" Nr. 116—118 auch von christlicher Seite Stellung genommen worden.

Auch die Stadtverwaltungen der Städte Köslin, Stolp und Kolberg haben aus diesem Verhalten des Professors ihre Konsequenzen gezogen und die Garantiesumme für die Universität verweigert.

40. Kleist-Stiftung.

Vor einigen Jahren ist in Berlin eine Kleist-Stiftung gegründet worden mit dem Zweck, jungen dichterischen Talenten durch Zuwendung von Preisen emporzuhelfen. Die „Schles. Zeitung" vom 10. Juni 1921 greift eine Polemik im „Berliner Tageblatt" gegen die Familie Kleists auf, die in der „Kreuzzeitung" erklärt hat, mit dieser Stiftung nichts zu tun zu haben, um festzustellen, daß die Stiftung vollständig unter „jüdischem Einfluß" steht.

Wir haben dazu das Folgende in Erfahrung gebracht:

Wenn der Vorstand auch eine Anzahl von Juden aufweist, so muß doch an die Satzungen der Kleist-Stiftung erinnert werden, nach denen die eigentliche Entscheidung in jedem Jahr ausschließlich von einem einzelnen Mitgliede des Kunstrats getroffen wird.

Zur besonderen Erhärtung der Tatsache, daß von einem „jüdischen Einfluß" oder gar von „jüdischen Interessen" auch nicht im entferntesten die Rede sein kann, haben wir die Liste der Preisträger vom Jahre der Gründung bis 1920 zusammengestellt.

	Vertrauensmann:		Preisträger:	
I. 1912	Dehmel	2 Preise	(je M. 1000.—) Herm. Burte — Reinhard Sorge	
II. 1913	Schaffner	2 „	Hermann Essig — Oskar Loerke	
III. 1914	Eloesser	2 „	Hermann Essig — Fritz v. Unruh	
IV. 1915	Wiegler	2 „	Robert Michel — Arnold Zweig	
V. 1916	Strecker	2 „	Heinrich Lersch — Agnes Miegel	
VI. 1917	Kellermann	1 Preis	Walter Hasenclever	
VII. 1918	Heinrich Mann	2 Preise	Leonhard Frank — Paul Zech	
VIII. 1919	Dr. Franz Servaes	2 „	(je M. 1250,—) Dietzenschmidt - Kurt Heynicke	
			Julius Maria Becker, Oskar Maurus Fontana, Otto Zareck	Ehrende Erwähnungen
IX. 1920	Oskar Loerke	1 Preis	Hans Henny Jahun	

Unter den ausgezeichneten 19 Persönlichkeiten sind nur drei Juden, Frank, Zareck, Zweig unter den nicht jüdischen 16, darunter mehr als einer, der politisch im rechten Lager steht.

Der Kunstrat 1921—24 setzt sich aus den Herren: Julius Bab, Alfred Doeblin, Dr. Monty Jacobs, Leopold Jeßner, Dr. Herbert Ihering und Hans Kyser zusammen. Unter den Vertrauensmännern befand sich beispielsweise im Jahre 1916 Karl Strecker, der Theaterkritiker der „Täglichen Rundschau".

Die Arbeit der Kleist-Stiftung vollzieht sich jenseits aller politischen und konfessionellen Anschauungen und hat lediglich das eine Ziel, der deutschen Dichtung neue Kräfte zuzuführen.

41. „Die jüdische Unproduktivität".

Das „Deutsche Tageblatt" des Herrn Wulle bringt in seiner Nummer vom 17. 6. 21 eine Kunstkritik von Hanns von Lengerken, überschrieben: Potsdamer Kunstsommer. In dieser heißt es wörtlich: „Dann folgt Max Liebermann. Das Interessanteste ist: „Kind mit Wärterin". In Paris gemalt, kommt das Bild jetzt nach Deutschland zurück. Um vielleicht wieder ins Ausland abzuwandern, denn unsere Museen haben kein Geld. Wer rettet das Werk für Deutschland? . . . ."

42. Das wahre deutschvölkische Gesicht.

Eine unglaubliche Beschimpfung des Katholizismus leistete sich, wie der „Bayrische Kurier" vom 23. 6. 21 meldet, das deutschvölkische „Staßfurter Tageblatt". Unter Bezugnahme auf einen in der Oeffentlichkeit erfolgten Hinweis, daß der Führer der dortigen antisemitischen Bewegung, Hottenrott, vom Katholizismus zum Protestantismus übergetreten sei, schreibt das Blatt folgendes: „Weil Hans Hottenrott von katholischen Eltern geboren, getauft und erzogen wurde, darf er also nach Ansicht der Katholiken niemals seine Religion wechseln, wenn er überzeugt ist, daß der Katholizismus die Lehre von Räubern, Mördern, Giftmischern, Betrügern und Spitzbuben ist."

43. Katholizismus und literarischer Antisemitismus.

In der „Literarischen Beilage" zum „Bayerischen Courier" lesen wir in Nr. 25 vom 25. Juni 1921:

„Literarischen Antisemitismus unsachlichster und übertriebenster Art betreibt der „deutschvölkische" Literaturhistoriker Adolf Bartels in seinen Schriften. Da die Grundeinstellung dieses Mannes, der die Rasse zum ersten Prinzip macht, günstigstenfalls eine unduldsam protestantische, letzten Endes aber eine heidnische ist — denn auf Erweckung des altgermanischen Heidentums geht der ganze alldeutsche Rummel hinaus, soweit er sich auf die Kulturgebiete ausdehnt — ist es nicht zu verstehen, wie katholische Organe Bartels und seine Art empfehlen können. . . .

Wir Katholiken haben gar keinen Grund, der demagogischen Publizistik alldeutscher und antisemitischer Populärschriftsteller zur weiteren Resonanz zu verhelfen. Wenn wir an der Gesundung unseres geistigen und insbesondere literarischen Lebens arbeiten wollen und müssen, so haben wir wohl andere Ausgangspunkte, Leitgedanken und Hilfsmittel als diese banausischen Reformatoren unter dem Hakenkreuz. Man vergesse nicht die heidnischen, pantheistischen oder monistischen Weltanschauungshintergründe des alldeutschen Treibens. Zudem, eine Sache, die so stupide und unter Inanspruchnahme der trivialsten Instinkte in Szene gesetzt wurde, ist weit entfernt, sich zur Kulturerneuerung und Weltverbesserung zu eignen."

44. Antisemitismus und Arbeiterschaft.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, welche Anstrengungen der Antisemitismus unternimmt, in die Reihen der Arbeiter einzudringen. Nicht nur die Gründung der deutschsozialen Partei dient diesem Zweck, nicht nur Millionen von Flugblättern werden in die Arbeitermassen hineingeschmissen, um sie deutschvölkisch „aufzuklären," auch die deutschnationale Volkspartei organisiert eine deutschnationale Arbeitervereinigung, die nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung" vom 21. Juni 1921 in Berlin bereits so erstarkt ist, daß die Parteileitung den zweiten Arbeitersekretär für Berlin stellen kann. Nach Schätzung des Bezirksleiters Max Schmidt hat bei den letzten Wahlen zum Preußischen Landtage die deutschnationale Volkspartei im Landesverband Berlin 50 000 und in Groß-Berlin 80 000 Stimmen aus dem Arbeiterlager gewonnen.

45. Die „semitische" Sinnlichkeit.

Gegen den Leiter des deutschvölkischen Jugendbundes für Körperpflege, Erich S. kam am 4. Juli cr. vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I eine Anklage auf Grund des § 176 des Strafgesetzbuches zur Verhandlung. S. soll sich, nach einem Berichte des „Berl. Tagebl.", Morgenausg. vom 5. Juli, an 13 Knaben, denen er Turnunterricht erteilt hat, in unzüchtiger Weise vergangen haben. Da der Angklagte geständig war, konnte auf das Zeugnis der zumeist mit ihren Müttern anwesenden Knaben verzichtet werden. Als Sachverständige wohnten Kreisarzt Dr. Knospe und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld der Verhandlung bei; sie erachteten bei dem Angeklagten eine sexuelle Entwicklungshemmung für vorliegend. Das Gericht billigte daraufhin dem Angeklagten mildernde Umstände zu, verurteilte ihn aber, da es sich um 13 Einzelfälle handelte, zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren, sechs Monaten Gefängnis, wovon 4 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

46. Deutsche Erneuerungsgemeinde.

Was die Deutsche Erneuerungsgemeinde Leipzig, Königstraße 17, (Theodor Fritsch, Walther Kramer) will und wie sie arbeitet, ist aus folgenden Angaben (siehe auch „Mitteilungen der Deutschen Erneuerungsgemeinde" Nr. 31 vom Mai 1921) ersichtlich:

Die Gemeinde erhält eine durchgreifende Erneuerung unseres Volkstums ohne eine Erneuerung der geistig-sittlichen Lebensgrundlagen, d. h. ohne Schaffung einer wahrhaft deutschen Weltanschauung, einer sittlich-religiösen Neugeburt nicht für möglich. Schuld an dem tiefen Zwiespalt in unserer Nation tragen zum Teil die kirchlichen Lehren. Die Feindschaft des Arbeiterstandes gegen das Bürgertum beruht im Grunde auf der Kluft der religiösen Lebensanschauungen. Solches war schon in den Grundzügen der Gemeinde 1904 angedeutet, ist 1914 in einer Sammlung unter dem Titel „Vom neuen Glauben" zusammengefaßt und soll auf Grund einer Neubearbeitung unter dem Titel „Der neue Glaube. Eine praktische Lebensphilosophie und vernunftgemäße Sittenlehre" (Preis 15 Mark) Eingang in die breite Masse des Volkes finden. Namentlich den Arbeiterkreisen soll gezeigt werden, daß die denkenden Elemente des Bürgertums längst den Banden des biblischen Buchstaben-Glaubens entwachsen sind und daß es für unser Volkstum noch höhere Ziele gibt, als die Versumpfung in Materialismus und Geldjägerei.

Um für die völkische Idee auch bei den Auslandsdeutschen zu werben, sind an 3000 Deutschamerikaner in Nord- und Südamerika wiederholt Aufklärungsschriften über die Kriegsschuld, den Bolschewismus und sonstige völkische Belange versandt worden. Diese Aufklärungsblätter sollen auch in mehreren größeren Zeitungen abgedruckt sein.

Der Gedankengang beginnt mit dem Scheitern des Bolschewismus an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes. Das Judentum hat hiermit auf seinem Wege zur Weltherrschaft im Laufe der letzten 1½ Jahre bereits die vierte Niederlage erlitten. Die ersten drei bestehen in dem Zusammenbruch der ungarischen und der bayerischen Räterepublik, dem mißglückten Judenboykott der internationalen Gewerkschaften gegen Ungarn und dem Zusammenbruch des Märzputsches 1921. Gerade das letzte Ereignis hat die deutsche Arbeiterschaft von dem jüdisch-internationalen Geist losgerissen und den Gegensatz zwischen gemäßigter und radikaler Arbeiterschaft und Haß und offener Feindschaft gesteigert. Hier will man einsetzen, um eine weitere Annäherung zwischen gemäßigter Arbeiterschaft und Bürgertum herbeizuführen, damit es den Agenten der Moskauer Gewaltherrschaft nicht gelingt, eine neue internationale Phalanx gegen die ordnungsliebenden Elemente zu bilden. Wenn es gelingt, die Lüge von der deutschen Kriegsschuld aus der Welt zu schaffen, dann hat das weltherrschaftslüsterne Judentum eine weitere Schlappe erlitten. Nach der geschichtlichen Erfahrung herrschte in Europa nur Ruhe, solange Deutschland eine starke Wehrmacht hatte. Fehlte diese, dann wurde es zum Tummelplatz aller umliegenden Völker. So wird es wieder werden, wenn z. B. die Tschecho-Slowaken Polens Raubzüge nicht mehr neidlos und ruhig ansehen. Dann entstehen neue Kriege auf deutschem Boden — nachher aber mag vielleicht ein neuer Morgen über Deutschland emporglühen. Wie dieser Morgen sich gestalten wird, hängt davon ab, welche völkischen und sittlichen Zukunftssaaten es uns noch in die Seele unserer Volkgenossen zu säen gelingt.

47. Produktivgenossenschaften jüdischer Handwerker.

Neuerdings werden von antisemitischen Zeitungen Anstrengungen unternommen, den Handwerkern durch Hinweis auf die Produktivgenossenschaft jüdischer Handwerker Angst vor der jüdischen Konkurrenz einzuflößen.

Wir teilen dazu mit, daß die gesamten Produktivgenossenschaften (bisher 7), die sich überhaupt noch im Versuchsstadium befinden, in Berlin etwa 60 und in Breslau etwa 18 Personen umfassen. Es kann also als geradezu grotesk bezeichnet werden, von dieser Anzahl, die sich auf die Berufe der Schneider, Schuhmacher, Tischler und Rohrflechter verteilt, eine Schädigung des deutschen Handwerks zu erwarten.

48. Oberrabbiner Löw.

Das ungarische christlich-soziale Blatt „Nemzati Ujsag" hatte am 23. 4. 1920 gegen den Szegediner Oberrabbiner Löw, einen Gelehrten von europäischem Ruf, die schwersten Beschuldigungen erhoben: er habe sich des Hochverrates, Gefährdung der Integrität Ungarns, Beleidigung des Reichsverwesers, Aufreizung gegen eine Religionsgemeinschaft u. ä. Delikte schuldig gemacht, die erst Anfang Junni d. J. erfolgte, und nachdem der über 80 Jahre alte Löw lange im Kerker geschmachtet hatte, konnte nur die Anklage wegen Beleidigung des Reichsverwesers erhoben werden. Alle übrigen Anschuldigungen hatten sich als falsch herausgestellt.

49. Der Orden Bne Brith.

Gegen einen besonders plumpen Angriff des Ordens Bne Brith in Nr. 33 des „Münchner (jetzt Völkischen) Beobachters" vom 6. August 1919 und 26. November 1919 setzte die Großloge für Deutschland durch Anstrengung einer Beleidigungsklage gegen den damaligen Schriftleiter Hans G. Müller sich zur Wehr.

Der Angriff auf den Orden stützte sich auf angeblich landesverräterische Bestrebungen des Ordens, indem von einem Kardinal-Erzbischof Netto in Lissabon als einem eminent deutschfeindlichen jüdischen Kirchenfürsten gesprochen und behauptet wurde: „dieser Erzbischof war, als er in Bergheim (Kreis Rappoldsweiler, Elsaß) noch in Fellen und alten Kleidern machte, ein bekannter Bruder der jüdischen Hetzloge Bne Brith, welche zusammen mit der internationalen anglo-französischen Weltloge bekanntlich in erster Linie den gegen uns von langer Hand vorbereiteten Ausrottungskrieg auf dem schmutzigen Gewissen hat!" Der Privatbeklagte bot den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange an durch Vorlage antisemitischer Druckschriften und durch den Antrag auf zeugschaftliche Vernehmung der Rechtsanwaltswitwen Dr. Liebknecht in Berlin, Dr. Haase in Königsberg und der Witwe Kurt Eisners in München dafür, „daß ihre Ehemänner dieser Loge angehört haben und daß die Deutschfeindlichkeit dieser drei genannten Persönlichkeiten in der Offentlichkeit bekannt ist", sowie durch den Publizisten Professor Wilhelm Georgi in Jena, der sich als Professor Dr. Gustav Siebert in Offenbach entpuppte, über folgende Behauptung: „Im November 1916 haben die jüdischen Bne Brith Logen Deutschlands in Köln in einem für ihre Zwecke gemieteten Saal bei fest verschlossenen Türen eine Versammlung der angesehensten führenden Bne Brith Logen abgehalten. Dieser Versammlung haben Redakteure der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblatts", die größtenteils Mitglieder der Bne Brith Logen sind, beigewohnt, ferner die Abgeordneten Haase, Cohn, Kautsky, Bernstein und die Ausländer Trotzki und Lenin. In der Versammlung wurde erklärt, das Judentum könne seine Ziele in Deutschland nur erreichen durch die rücksichtsloseste Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie."

Der beim Schöffengerichte München, der 3. Strafkammer des Landgerichts München I und dem Bayerischen Obersten Landesgerichte durchgeführte Prozeß endigte mit der kostenfälligen Verurteilung des Privatbeklagten wegen eines Vergehens der üblen Nachrede zu 500 Mk. Geldstrafe, eventl. 50 Tagen Gefängnis und zur Publikationsbefugnis in zwei Münchener Zeitungen. Besonders wertvoll ist der auf Grund eines umfangreichen Schriftenmaterials und auf Grund der Vernehmung von dem Orden angehörenden Zeugen in vollster Oeffentlichkeit von dem Privatkläger geführte Gegenbeweis, den der Erstrichter in die Worte zusammenfaßte: „Die verbreiteten Tatsachen sind nicht erweislich wahr; die für den Nachweis des unnationalen Verhaltens der deutschen Logen vorgeführten Zeugen Else Eisner und Dr. Gustav Siebert konnten Angaben, daß die deutschen Logen sich unnational verhalten haben, nicht machen. Nach dem satzungsgemäßen Zweck der Logen und nach dem bekannt gewordenen Verhalten der Logen im Weltkrieg müssen die Behauptungen als unwahr bezeichnet werden."

50. **Nachträge zu „Alljudentum".**

Wir haben in der letzten Nummer der „Mitteilungen" einige Proben aus der Auslandspresse über den Antisemitismus gebracht, denen wir diesmal eine kleine Ergänzung hinzufügen möchten.

Der „Matin" vom 18. Mai setzt die in der nationalistischen französischen Presse heute übliche Polemik gegen Lloyd George fort. Wir lassen hier einige Zeilen im Wortlaut folgen:

Die englische Presse möchte uns gern begreiflich machen, daß die englische Stimmung in der oberschlesischen Frage polenfeindlich ist. Wir haben allen schuldigen Respekt vor den Empfindungen des englischen Volkes; wir glauben bloß, sie nicht mit denen einer gewissen englischen Finanz verwechseln zu sollen. Muß uns nicht hierbei eine gewisse Beunruhigung überkommen, wenn wir in der „Morning Post" Ausführungen lesen wie die hier:

„Wenn Herr Lloyd George auch keine Weltpolitik treibt, so hat er immerhin eine einträgliche Politik. Er besitzt eine andere Macht als Deutschland, der unversöhnliche Feind Polens. Die Macht ist es, die die erdichteten Pogrome ersonnen hat, um der jungen freien Nation zu schaden, die Macht, die vor keinem Mittel zurückgescheut ist, um sie wieder verschwinden zu machen, und diese Macht besitzt das Ohr unseres Premierministers."

Gestehen wir es offen ein: daß das Wiedergutmachungsproblem und die europäische Politik von Sir Philipp Sassoon behandelt werden, das ist es schon, was für uns Franzosen ein Gegenstand des Erstaunens ist. Wenn aber dieser große Jude, nicht zufrieden damit, daß er der Bewirter des Premierministers von England ist, uns auch als dessen geistigen Leiter vorgesetzt wird, da müssen wir doch sagen, daß Frankreich damals, als es sich vom Klerus frei machte, nicht von einer Kirche in die andere geraten wollte.

In der Tat, handelt es sich in diesem Falle um Sympathien und Antipathien . . . oder um andere Interessen?

51. **Die Begriffe „Deutsch" und „Volk" bei J. G. Fichte.**

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht in Nr. 440 der „Frankfurter Zeitung" vom 16. Juni 1921 Dr. Siegfried Berger einen sehr beachtenswerten wissenschaftlichen Artikel, der den Brauch, sich auf J. G. Fichte als Zeugen deutsch-völkischen Geistes zu berufen als Unwissenschaftlichkeit kennzeichnet. Der Redner Fichte wird seit Lassalles von den verschiedensten Richtungen in Anspruch genommen, während doch alles, was Fichte gesprochen hat, allein auf den Urquell seiner Philosophie zurückgeführt werden kann. Mit der Philosophie Fichtes könnten aber die Politiker nicht viel anfangen. Deshalb isoliert man die Begriffe „Deutsch" und „Volk" und deckt sich mit der Autorität des großen Namens. Fichte ist Deutschtum, Mut zur Idee. Er meint im Volk die Menschheit, im Deutschen den Gläubigen. Wie verblaßt vor Fichtes Forderung der Innerlichkeit aller Anspruch auf äußere Geltung, Erbrecht, privilegiertes Führertum, zufällige Abstammung und somit das meiste, was das heutige Geschlecht deutsch-völkisch nennt und noch dazu unter häufiger Berufung auf Fichte

52. **Nochmals Ranke.**

In Ergänzung des unter Nr. 37 in Heft 6 der „Mitteilungen" vom 10. Juni d. J. veröffentlichten Notiz: „Die jüdische Abstammung Rankes" drucken wir nachstehend noch seine in den „Aufsätzen zur eigenen Le-

bensbeschreibung" im Abschnitt Aufenthalt in zwei Klosterschulen enthaltenen Aeußerungen über das Alte Testament ab:

„Hauptsächlich aber waren es die historischen Bücher des Alten Testamentes, die ich immer von neuem las. Es war ein vollkommen abweichender, aber doch naheliegender Horizont, wie der der Homerischen Gedichte. Es ist der Hintergrund oder vielmehr die Grundlage aller Bildung, aller Anschauungen der späteren Welt. Die junge Seele gleitet leicht über das Anstößige und Unverständliche hinweg, aber sie wird von dem Geheimnisvollen, was etwas ganz anderes und wenigstens die Ahnung des Verständnisses in sich schließt, dem Großartigen und der Macht der Erscheinung, dem starken, unmittelbaren Ausdruck derselben, in ihrer Tiefe ergriffen: sie atmet die Luft des Unvergänglichen ein."

53. Was die Makkabäer uns lehren können.

Eine „Sonntagsbetrachtung" in der Nr. 150 vom 26. Juni der antisemitischen „Süddeutschen Zeitung" ist betitelt: „Die Makkabäer." Der Artikelschreiber, anscheinend ein evangelischer Pfarrer, beginnt mit den Worten: „Ein Stück jüdische Heldengeschichte, jawohl" und sagt dann weiter: „Die Makkabäer können uns lehren, was eine Minderheit kann, wenn sie will und wenn sie auf den lebendigen Gott etwas wagt . . . Tatsache ist, daß trotz seiner kriegerischen Unterlegenheit Makkabäus sein Ziel, die religiöse, ja bald nachher auch die Wiederherrstellung der politischen Freiheit, erreicht hat. Auf seiner Seite kämpften alle guten Geister mit: die Treue gegen den angestammtenVäterglauben, der klare und entschiedene Charakter, der felsenfeste Glaube an eine unbedingt gute und heilige Sache, die Ueberzeugung von dem eigenen Recht, der Wille zu siegen. Und so siegte er auch. . . . Lieber brechen als biegen, lieber den Tod als die ewigen Kompromisse — das war der Geist jener Minderheit; darum gehörte ihr die Zukunft . . . Noch mancher schöne und tiefe Zug leuchtet aus dem Bild jener fernen Zeit hervor, wert, festgehalten zu werden im Gedächtnis der Gegenwart."

54. Krankenschwester Schwarzmann.

Die „Deutsche Zeitung" Nr. 193 vom 27. 4. 21 schildert in einer „An den Pranger!" überschriebenen Notiz, daß in ein Nichtraucherabteil des Personenzuges Frankfurt-Wiesbaden zwei französische Offiziere mit brennender Zigarette eingestiegen, sich zum Verlassen des Abteils aufgefordert, geweigert und sogar noch den Namen des Schaffners festgestellt hätten. Beim Verlassen des Bahnhofs sei ihnen die Krankenschwester Schwarzmann aus Mainz, jetzt Soden im Taunus, nachgelaufen und habe ihnen gemeldet, der Schaffner Demuth hätte den Franzosen nachgerufen: „Dreckige Franzosen, Ihr seid schnell kaputt und fort von hier!"

Diesen Tatbestand versieht die „Deutsche Zeitung" mit dem Zusatz: „Aus dem Namen der Angeberin darf man wohl auf die Rasse schließen."

Es wurde von uns einwandfrei festgestellt, daß die Krankenschwester Schwarzmann weder der Religion noch der Abstammung nach Jüdin ist. —

55. Das Schreiben am Sonnabend.

Die Vorgänge im Hamburger Heinrich-Hertz-Realgymnasium.

Durch verschiedene antisemitische Organe ging die Mitteilung, daß im Heinrich-Hertz-Realgymnasium in Hamburg beim Osterabitur 1921 die schriftliche Arbeit auf einen Sonntag verlegt sei, weil ein jüdischer Schüler am Sonnabend nicht habe schreiben wollen. Die antisemitischen Blätter knüpfen hieran Tiraden von der jüdischen Tyrannei.

Daraufhin hat sich unsere Ortsgruppe Hamburg an den Direktor des Heinrich-Hertz-Realgymnasiums gewandt und folgende Antwort erhalten:

„Die fragliche Angelegenheit spielte beim Osterabitur 1920 und nicht 1921. Die schriftlichen Arbeiten sollten vor den Weihnachtsferien 1919 geschrieben werden. Der damals herrschenden Kohlenknappheit wegen war von der Oberschulbehörde der Beginn der Ferien statt wie sonst auf den 23., diesmal auf den 17. Dezember bestimmt worden. Demzufolge wurde der Beginn der schriftlichen Arbeiten auf Freitag, den 12. Dezember festgesetzt. Auf diese Weise sollten die Arbeiten am 12., 13., 15. und 16. geschrieben werden.

Es war allerdings einer unter den Schülern, der am Sonnabend nicht schreiben wollte. Dies wäre indes kein Grund gewesen, die zweite Arbeit vom Sonnabend auf den Sonntag zu verlegen. Vielmehr äußerten eine ganze Anzahl christlicher Schüler, das käme ihnen sehr gelegen, da sie am Freitag abend noch eine Uebung bei den Bahrenfelder Freiwilligen hätten, die sie nicht versäumen wollten. (Die Bahrenfelder Freiwilligen waren eine Truppe, aufgestellt „für Ruhe und Ordnung, gegen die Putscherei", ihr gehörten fast alle Söhne aus besseren Familien an.)

Am Montag wollte man die zweite Arbeit nicht schreiben, da an diesem Tage schon die dritte fällig war und sonst die vierte Arbeit hätte am ersten Ferientage geschrieben werden müssen, an dem die Schulräume hätten nicht mehr geheizt werden können. Außerdem sollte am 17. Dezember die allgemeine Brotkartenausgabe beginnen, die in Hamburg fast in sämtlichen Schulen eingerichtet war. Der betreffende Lehrer meinte, all das würde die Arbeit unliebsam stören können. Und so einigte man sich, da Widerspruch von keiner Seite erfolgte, auf Sonntag, den 14. Dezember, als Termin für die zweite schriftliche Arbeit.

56. Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Ehre und Recht.

Unter Bezugnahme auf unsere Notiz in Nr. 5 der „Mitteilungen" bringen wir zur Kenntnis, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr hervorgetreten ist, aber neuerdings Geld sammelt für eine „Gegenrechnung über feindliche Kriegsverbrechen" und daß sich für diese Geldsammlung ein aus dem Judentum ausgetretener Herr bemüht.

57. Arbeiterfürsorgeamt.

Am 6. Juni fand eine Sitzung des Arbeiterfürsorgeamtes statt mit dem Zweck, die Gemeindevertreter Berlins für die Finanzaktion zu ge-

gewinnen, die von den jüdischen Gemeinden Deutschlands für die Ostjuden-Fürsorge in die Wege geleitet werden sollte. An der Versammlung nahmen die dem Arbeiterfürsorgeamt angeschlossenen Verbände sowie einige Vertreter der Berliner Gemeinde teil. Als Vertreter des Zentralvereins nahm das Hauptvorstandsmitglied Rechtsanwalt Dr. Haase an der Sitzung teil; das Referat hielt Herr Dr. Nathan über „Die politische Seite der Ostjudenfrage". Es wurde eine Resolution gefaßt, aus der wir folgenden Passus wiedergeben:

„Die jüdischen Gemeinden Deutschlands, die von jeher die hauptsächlichsten Träger der jüdischen Wohlfahrtspflege gewesen sind, werden sich auch fernerhin — unterstützt von der Mitarbeit aller Organisationen — der Fürsorge für die Ostjuden in Deutschland nicht entziehen dürfen. Die Versammlung der Vorstände und Vertreter der großen jüdischen Organisationen richtet an die Berliner jüdische Gemeinde, als die größte Deutschlands, das Ersuchen, die Führung einer Aktion zu übernehmen, deren Ziel es ist, eine Verpflichtung der deutschen jüdischen Gemeinden zu bestimmten Beiträgen für das vom Arbeiterfürsorgeamt geleistete große Werk der Ostjudenhilfe in Deutschland herbeizuführen."

58. Gemeinde Steele.

Die Gemeinde Steele, die etwa 50 Mitglieder umfaßt, hat bisher einen Beitrag von über Mk. 1800,— gezahlt. Nunmehr ist es gelungen, die Beiträge auf Mk. 4700,— zu erhöhen.

Wir bringen dies hervorragende Beispiel jüdischer Opferwilligkeit unseren Freunden zur Kenntnis und empfehlen es zur Nachahmung.

59. Rednergewinnung.

Es liegt zwingende Veranlassung vor, alle Ortsgruppen darauf hinzuweisen, daß die Gewinnung von Rednern, insbesondere von christlichen, durch direktes Herantreten an diese, ohne Hilfe des Landesverbandes, besonders aber ohne Zustimmung der Zentrale **zu den schwersten Schädigungen der gesamten Vereinsarbeit** führen kann. Wir bitten daher alle Ortsgruppenvorstände auf das dringendste, in keinem Falle direkt an einen Redner heranzutreten. Da keiner unserer Freunde der Vereinsarbeit bewußt schaden will, haben wir keinen Zweifel, daß unsere dringende Bitte **unbedingt erfüllt** werden wird.

60. Beiträge für den C. V.

Folgende Gegenüberstellung dürfte für unsere Vorsitzenden und Vertrauensmänner von großem Interesse sein.

Die „Essener Arbeiterzeitung" vom 4. Mai 1921 berichtet unter dem Titel „Aus der Bergarbeiterbewegung", daß der Bergarbeiterverband im Berichtsjahre 1920 an regulären Beiträgen 33 Millionen Mark eingenommen hat. In dem Bericht heißt es: „Für eine Organisation mit einer halben Million Mitglieder ist dies bei der heutigen Geldentwertung nicht ganz zufriedenstellend." Die Durchschnittseinnahme pro Mitglied beträgt zwischen Mk. 60, — und 70,—.

Würde jedes Mitglied des Centralvereins entsprechend seinen finanziellen Verhältnissen für den Centralverein soviel aufbringen, wie ein Bergarbeiter für seinen Verband, so würden wir kaum über die gespannte finanzielle Lage unseres Vereins im gleichen Maße, wie es jetzt leider der Fall ist, zu klagen haben.

Seit dem 1. April 1920 zahlt jeder Bergarbeiter wöchentlich Mk. 2,—. Das entspricht dem heutigen Wert einer mittelguten Zigarre. Wenn unsere Mitglieder also nur wöchentlich den Genuß einer Zigarre sich entziehen würden, so würden ihre Leistungen denen eines Bergarbeiters gleichkommen. Dabei ist zu beachten, daß ein erheblicher Teil dieser Bergarbeiter noch in einer ganzen Reihe anderer Verbände organisiert ist.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß, wie wir erfahren, Hausdiener und andere Angehörige des Transportarbeiterverbandes einen jährlichen Beitrag von Mk. 200,— bezahlen.

61. Berichtigung.

Im letzten Heft der „Mitteilungen" ist unter Nr. 46 S. 83 in der Liste der für Vertrauensmänner für den anhaltischen Harz der Ort Ballerstedt aufgeführt; es muß Ballenstedt heißen.

62. Klupsch „Judenhetze".

Diejenigen unserer Ortsgruppen, die auf Offerte (des Verlages „Aufbau und Werden") die Schrift von Klupsch „Judenhetze" zu erwerben wünschen, tun gut daran, sich zwecks Auskunft vorher an uns zu wenden.

63. Aus der Literatur.

a) Luther und die Juden und die Antisemiten.

Von Prof. D. Dr. Walther.

Verlag von Dörffling u. Franke, Leipzig 1921. Preis 4,30 M.

Die Broschüre stellt einen erweiterten Sonderdruck aus der „Allg. Evang. Kirchenzeitung" dar. Der Verfasser ist ein waschechter Antisemit und sein Büchlein zeigt diese Tendenz auf jeder Seite. Und doch ist es eine gewaltige Anklage gegen den deutschvölkischen Antisemitismus unserer Tage, der sich das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit umhängt, wenn er das alte Testament der Verachtung preisgibt. „Das ist das Erschütternde an dem heutigen Antisemitismus, daß er sich nicht damit begnügt, den Juden, mit denen wir es heute zu tun haben, ihre Fehler vorzuhalten, sondern auch für geboten hält, das alte Testament der Verachtung, ja dem Haß preiszugeben."

„Wir beklagen es tief, daß der heutige Antisemitismus, um die Juden gründlich schlecht zu machen, auch das ganze alte Testament in Verachtung zu stoßen nicht müde wird. Damit richtet er nur Unheil an . . . Wie wenigen unter den Lesern antisemitischer Schriften ist es möglich, sich über diese Frage ein selbständiges Urteil zu bilden."

„Gerade in so finsteren Zeiten, wie Deutschland sie jetzt erlebt, sollen wir aus dem im alten Testamente sprudelnden Brunnen lebendigen Wassers uns laben und Stärkung trinken." Diese Stellung zum alten Testament ist auch die Luthers.

Auf den Hauptinhalt der Broschüre, die sich mit Luther und den Juden beschäftigt, werden wir in der

nächsten Nummer der „Mitteilungen" ausführlich zurückkommen. Für heute wollen wir nur noch die Schlußbetrachtung Walthers festhalten, der mahnt, bei der Bekämpfung des Judentums eine solche Ruhe und Gewissenhaftigkeit walten zu lassen, daß der Leser sich auf die Angaben völlig verlassen kann. „Wir halten es nicht für ein Zeugnis echt deutschvölkischen Geistes, wenn Schriften wie Artur Dinters „Die Sünde wider das Blut" oder „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" oder „Die große Täuschung" von Delitzsch geschrieben und von so vielen gläubig gelesen werden können."

b) Die Juden in Europa.

Rede, gehalten in der Festsitzung der Münchener Akademie am 25. Juli 1881 von Ignatz von Böllinger. Philo-Verlag, Berlin SW 68— 1921 — Preis 2,50 M.

Man kann die Schrift nicht sachlicher würdigen und nicht besser empfehlen, als wenn man die Schlußsätze des die Broschüre einleitenden Vorworts stark unterstreicht:

„Auf knappstem Raum sind die entscheidenden Tatsachen für die Geschichte der Juden in Europa zusammengefaßt — nichts beschönigend und nichts verhäßlichend, sondern schlicht erzählend, wie alles geworden. Wem es um Erkenntnis der Judenfrage zu tun ist, hier findet er sie, geprüft und gesichtet nach den Forderungen strengster Wissenschaft und geformt von der Meisterhand eines großen deutschen Geschichtsforschers."

c) Zeitfragen im Lichte jüdischer Lebensanschauung.

Auf das überaus verdienstvolle Werk von I. Heinemann „Zeitfragen im Lichte jüdischer Lebensanschauung", 5 Vorträge, erschienen im Verlage I. Kauffmann-Frankfurt a. M. 1921, Preis 9,50 + 50 Prozent Teuerungszuschlag sei besonders hingewiesen.

d) „Der Stern der Erlösung"

von Franz Rosenzweig, drei Bände, geheftet M. 60, zuzüglich 50 Prozent Verlagszuschlag.

Die vom Verleger gegebene Empfehlung führt aus, es werde hier zum ersten Male eine bewußte jüdische Philosophie gegeben. Nicht über das Judentum werde philosophiert, auch nicht am Judentum gemessen und am allerwenigsten das Judentum verteidigt. Nicht über das Judentum, sondern aus dem Judentum heraus werde hier philosophiert. Wir sind noch nicht dazu gekommen, über das Buch ein eigenes Urteil abzugeben. Nur soviel können wir sagen, es ist ein schweres, hochinteressantes Werk, das für die Studierstube wohl geeignet ist und nicht für den Tagesgebrauch eines jeden Mitgliedes einer jeden Familie bestimmt wie das unvergleichliche Heinemannsche Werk.

Rosenzweig hat vor kurzem auch ein anderes Werk erscheinen lassen „Hegel und der Staat", in zwei Bänden, gebunden 48 Mk. ausschließlich Zuschlag, ein überaus verdienstvolles Werk für jeden, der sich mit der Staatsphilosophie Hegels befaßt, die unserer Auffassung nach heute viel moderner ist als viele glauben. Den meisten ist unbekannt, daß der heutige scharfe und intolerante Staatsbegriff, wie er vielfach von den Nationalisten gepredigt wird, auf Hegelschem Boden erwachsen ist. Nun war Hegel alles andere als ein Fanatiker im tatsächlichem Sinne dieses Wortes. Aus seiner grundsätzlichen Betrachtungsweise, aus der Eigenart seiner Schlußfolgerungen ist vieles von dem erwachsen, was dem vorrevolutionären Staatswesen behagt hat und was den andern mißfiel. Wer für diese Dinge empfindet, und es mögen viele sein, dem mag das Hegelsche Werk wärmstens empfohlen werden.

64. Kleine Mitteilungen.

Antisemitismus in den Schulen. Die Breslauer „Schlesische Volkszeitung" vom 8. Juni bringt nachstehende Notiz:

Wiederholte Beschwerden über Kränkungen jüdischer Schüler und Schülerinnen durch ihre Altersgenossen haben der städtischen Schuldeputation Veranlassung gegeben, die Rektoren und Hauptlehrer der Mittel-, Volks- und Hilfsschulen in einem Rundschreiben auf das Ungehörige, Ungerechte und Unedle eines solchen Verhaltens der Schüler hinzuweisen und sie, soweit ihnen berechtigte Beschwerden jüdischer Kinder bekannt werden, zu einem Einschreiten gegen die Schuldigen zu veranlassen.

Vidharr Odhinnson. Ein etwas mysteriöser Aufruf erschien in der Nummer 25 des „Reichswart". Ein Vidharr Odhinnson, Schwertwart des Mitgardbundes ruft mitsamt seiner weisen Vala, der Prophetin des Unterganges und der Germanenwelt, alle Germanen auf, in seinen Bund einzutreten, der eine verbesserte Form des Völkerbundes sein werde. Er preist sich weiterhin als Helfer in allen Nöten der Gegenwart, allerdings nur gegen einen Mitgliedsbeitrag bis zu 10 000 Mk. an, wofür man aber noch ein Buch erhält, das interessante Rückblicke in die Vergangenheit und Aufschlüsse für die Zukunft biete.

Juda: Kritische Betrachtungen über das Wesen und Wirken des Judentums von Karl Paumgarten. (Heimatverlag: Leopold Stocker-Garz, Preis 22 Mk. und 10%). Das Buch enthält auf 246 Seiten die schärfsten Ausfälle gegen die Juden in bezug auf Rasse, Charakter, Religion und Weltherrschaftsziele. Es schliesst sich auf österreichischem Boden in Sprache und Tendenz völlig den deutschen Machwerken von Dinter (Die Sünde wider das Blut), Beck (Die Geheimnisse der Weisen von Zion), Rosenberg (Die Spur der Juden) und Pytrolf (Die Unschuld der Jenseitigen).

Völkisches Tageblatt. Das bekannte antisemitische „Spandauer Tageblatt" kündigt an (in der Nummer vom 22. Juni 1921), dass es ab 1. Juli 1921 für ausserhalb unter dem Titel „Völkisches Tageblatt" erscheinen wird.

Heinrich Dolle. Zur Ergänzung unserer Notiz über Dolle in Nr. 4, S. 54 der Mitteilungen weisen wir auf ein Urteil hin, das am 9. März vom Schöffengericht Warburg gegen Dolle ergangen ist. Dieser wurde wegen Aeusserungen, die er in einer öffentlichen Versammlung in Scherfelde am 31. Januar unter starken antisemitischen Ausfällen gegen den Bankvorstand Plaut getan hatte, zu 300 Mk. Geldstrafe bezw. je 10 Mk. 1 Tag Haft verurteilt.

v. Hofmannsthal. Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, dass Hugo von Hofmannsthal Jude ist.

65. Presseschau.

Die **„Jüdische Arbeiterstimme"** (Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter. Organisation Poale Zion in Deutschland) beschäftigt sich in dem Leitartikel ihrer Nr. 3 „Der Sündenbock" mit dem Aufstand in Mitteldeutschland. Dieser Artikel des Blattes, das auf unabhängigem Boden steht, enthält folgende scharfe Verurteilung des Putsches:

„Der Versuch, eine Revolution in Deutschland machen zu wollen, ist, wie von allen Vernünftigen vorauszusehen war, gescheitert. Der Wahnsinn der Moskauer 21 Bedingungen hat sich restlos enthüllt. Selten wohl ist eine revolutionäre Bewegung so leichtsinnig vorbereitet und geführt worden, wie die Aufstandsbewegung der V. K. P. D. und der K. A. P. D. Es hat sich gezeigt, dass die deutsche Arbeiterschaft die Methoden von Russland nicht mitmacht und nicht mitmachen kann.

Was sich in Mitteldeutschland abgespielt hat, ist mehr als traurig, ist ein ungeheurer Schlag für die Sache der deutschen Arbeiterschaft, für die Sache der gesamten Arbeiterbewegung.

Der grösste Teil der deutschen Arbeiterschaft hat dieser sinnlosen Bewegung ablehnend gegenübergestanden. Die jüdische Arbeiterschaft in Deutschland ist erfreulicherweise der Parole der deutschen Gewerkschaften gefolgt. Sie hat sich nicht von Wirrköpfen oder Spitzeln verlocken lassen. Die jüdische Arbeiterschaft hat damit einen Beweis ihrer politischen Reife gegeben. Sie wird sich auch weiterhin von verlogenen und verwirrten Phrasenhelden freizuhalten wissen, sie wird weiterhin übereinstimmend mit dem weitaus grössten Teil ihrer deutschen Kollegen dem Ruf der Gewerkschaften Folge leisten.

Verantwortlich: I. V.: Stellv. Syndikus Dr. Wiener, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I,
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6